

Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP

Vorbemerkung

I. SED, DKP und die „Friedenskampagne“

1. „Drei kommunistische Parteien in Deutschland“
2. „Friedenskampf“ aus marxistisch-leninistischer Sicht
3. Der Westapparat der SED. Funktionelle Veränderungen in den achtziger Jahren.
4. 1981: Hoffen auf die Zukunft
5. Nach der Raketenstationierung
6. „Volle Konzentration auf die Friedensaktivitäten“?
7. Die DKP zwischen Ost-Berlin und Moskau
8. Der Ausbruch der Krise
9. Ein neues Vehikel?
10. Der Interventionsapparat in Auflösung

II. Bezirksanleitung und Bezirkspatenschaften

1. Die Beziehungen von SED und DKP auf Bezirksebene
2. Die Leitungsebenen
3. Inhalt und Formen bezirklicher Westarbeit
4. Die „operative Tätigkeit“
5. Kader und Schulung
6. Bezirksbeziehungen nach 1987

Literatur/Unveröffentlichte Quellen

Zusammenfassung

Vorbemerkung

Wenn von der Prämisse ausgegangen wird, daß es sich mit der Deutschen Kommunistischen Partei um den „Interventionsapparat der SED in der Bundesrepublik“ (Manfred Wilke), also gleichsam um die „Agentur einer fremden Macht“ (Rudolf Bahro) handelte, so kommt dem detaillierten Nachweis ihres tatsächlichen Agierens vor dem konkreten zeitgeschichtlichen Hintergrund und in dem spezifischen Dreiecksverhältnis DKP – SED – KPdSU eine ganz besondere Bedeutung zu.

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ entsprach diesem

Erfordernis mit der Vergabe von Expertisen. In Abstimmung mit Herrn Privatdozenten Dr. Hans-Peter Müller (Berlin) konzentriert sich die vorliegende Expertise unter Wahrung der übergreifenden Themenstellung „Westarbeit der SED am Beispiel der DKP“ schwerpunktmäßig auf die achtziger Jahre. Exemplarisch ausgewählt wurden zwei Themenfelder, die in charakteristischer Weise Theorie und praktische Politik von SED und DKP enthüllen: die von beiden Parteien maßgeblich gesteuerte „Friedenskampagne“ und der Anleitungsmechanismus sowie die sogenannten „Patenschaften“ zwischen Bezirksparteiorganisationen von SED und DKP. Im Sinne des parlamentarischen Auftrages der Enquete-Kommission zur Sachaufklärung ging es insofern insbesondere um den konkret-historischen Nachweis:

- des praktisch-politischen Selbstverständnisses der SED als einer von drei kommunistischen Parteien in Deutschland und der DDR als des „sozialistischen Kernstaates“ trotz offiziell bekundeter Abgrenzungspolitik und Nationalstaatlichkeitsstrebens.
- der planmäßigen Steuerung und systematischen Instrumentalisierung der westdeutschen Friedensbewegung durch die SED und mittels der DKP.
- der Veränderung der Funktionalität der auf Einwirkung in die Bundesrepublik im allgemeinen und die ideologische und organisatorische Führung der DKP im besonderen gerichteten Westarbeit der SED.
- der politischen Zweckbestimmung und inneren Verfassung der DKP aus Sicht der SED einschließlich der für ihre Führung charakteristischen neostalinistischen Denkungsart und Umgangsnorm mit der „Bruderpartei“.
- der Gorbatschowschen Reformpolitik und ihrer Folgen für die Westpolitik der SED.
- des Rahmens, der Ebenen und Inhalte bezirklicher Westarbeit, insbesondere der „operativen Tätigkeit“ in der Bundesrepublik.

Die Darstellung fußt auf der im Anhang aufgeführten wesentlichen Literatur, geht jedoch aufgrund der zumeist erstmaligen Auswertung zahlreicher Archivbestände, insbesondere des Internen Parteiarchivs der SED und des Bezirksparteiarchivs Rostock der SED, über diese erheblich hinaus.

Gleichzeitig ergaben sich bei der Erarbeitung neue und weitergehende Fragestellungen, die der Aufmerksamkeit der Enquete-Kommission empfehlenswert erscheinen:

- die Rolle der DKP (und damit der SED) bei der Einflußnahme auf andere, insbesondere westeuropäische kommunistische und sozialistische Parteien („Eurokommunismus“, Nachrüstungsdebatte, sowjetische Reformpolitik)
- die personelle und sachliche Verflechtung der DKP mit dem internen Kontrollapparat der SED (Zentrale Parteikontrollkommission der SED – Schiedskommission der DKP, entsprechende Abteilungen ZK der SED –

Parteivorstand der DKP vor allem in bezug auf Kader) sowie dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR.

- die differenzierende Wertung von Führungspersonen der SED und DKP, um so Entscheidungsprozesse und mögliche Interessenkonflikte oder Widersprüche transparent zu machen.
- die Instrumentalisierung der DKP als Mittler zwischen der SED/DDR und verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik (Kultur, Bildung, Hochschulen u. a.) und der damit beabsichtigten langfristigen Einflußnahme.
- die Rolle der Vorfeldorganisationen der DKP und ihre Steuerung durch die SED.
- die gesonderte und differenzierte Untersuchung der Aktivitäten der Bezirke.

Damit verbunden sein sollte die weitere Sichtung der Quellen, insbesondere der verschiedenen Kommissionen und Abteilungen des ZK der SED sowie die Nutzbarmachung jener Archivalien, die derzeit als unzugänglich (Bestand KPD/DKP im Besitz der PDS) oder möglicherweise verschollen (Abt. Verkehr des ZK der SED) gelten.

Abschließender Dank gilt dem Betreuer der Expertise, Prof. Dr. Manfred Wilke, Dr. Hans-Peter Müller, den Mitarbeitern der Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv Berlin und des Vorpommerschen Landesarchivs Greifswald sowie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Frau Steffie Schnoor, hat kurzfristig und freundlich die Genehmigung zur Benutzung der noch in Aufarbeitung befindlichen Bestände des ehemaligen Bezirksparteiarchivs Rostock der SED erteilt; auch ihr sei hiermit ausdrücklich gedankt.

I. *SED, DKP und die „Friedenskampagne“*

Im Streben nach politischer Teilhabe waren die bundesdeutschen Kommunisten beständig auf Suche nach neuen Kampffeldern. Dies galt nicht zuletzt für die achtziger Jahre, zumal ihnen mit den Auseinandersetzungen um die 1979 von der NATO beschlossenen Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa ein solches quasi zuwuchs. Es begann sich rasch eine Friedensbewegung zu entwickeln, die ab 1980 Massencharakter annahm und im sogenannten „Krefelder Appell“ kulminierte. Die DKP unterstützte sie von Anfang an. Mitglieder und Funktionäre der Partei gehörten zu den Aktivisten der zahlreichen lokalen „Friedensinitiativen“, anfangs nicht unumstritten, doch bald wegen ihrer selbstlosen Mitarbeit und organisatorischen Möglichkeiten unverzichtbar

und als Teil der Bewegung von sehr unterschiedlichen politischen Kräften weitgehend akzeptiert.

Diese Friedensbewegung wurde nun für Jahre zur wichtigsten Aktivität, zum Vehikel jeglicher politischer Einflußnahme durch die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Sie stand in engster Beziehung zu den strategischen Absichten der Sowjetunion, der DDR und ihrer weiteren östlichen Bündnispartner insgesamt, den status quo in Europa zu erhalten, das eigene Bedrohungspotential weitgehend zu bewahren, angesichts Afghanistan-Invasion und „Menschenrechtskampagne“ wieder in die Offensive zu kommen (unisono von den eigenen inneren Problemen abzulenken) und schließlich über die massive Beeinflussung der Öffentlichkeit und maßgeblicher politischer Kräfte in den westlichen Staaten und insbesondere in der Bundesrepublik schrittweisen Einfluß zur Umsetzung ihrer kurz- bzw. langfristig angelegten politischen Ziele zu erlangen. Insofern war die Friedenskampagne für die DKP keineswegs eine „Ersatzhandlung“ (Georg Fülberth). Ganz in diesem Sinne beschloß das Politbüro des ZK der SED schon am 8.1.1980 „spezielle Maßnahmen zu ergreifen, um zu helfen, die Bewegung der Friedenskräfte in den größeren NATO-Staaten zu stärken.“¹ Dabei ist zugleich von mehreren Voraussetzungen auszugehen, die durch die Quellenanalyse gestützt werden.

1. *„Drei kommunistische Parteien in Deutschland“*

Die SED verstand sich, auch wenn dies öffentlich und unter dem Vorzeichen von Abgrenzung und Nationalstaatlichkeit so nicht artikuliert wurde, als „eine von drei kommunistischen Parteien in Deutschland“, von DKP und SEW ganz selbstverständlich (am Ende freilich mit Einschränkungen) als die „führende Partei“ akzeptiert, mit allen Konsequenzen totaler politischer, organisatorischer und finanzieller Abhängigkeit. Auch die These, daß auf der Ebene der Parteibeziehungen das „Bekenntnis zur deutschen Zweistaatlichkeit taktischer Natur“ und die DDR bis zum Fall der Mauer der „sozialistische Kernstaat in Deutschland“ blieb², erweist sich als richtig. Entsprechende (sämtlich unveröffentlicht und aus den achtziger Jahren) Äußerungen des SED-Generalsekretärs Erich Honecker lassen sich bei seinen zahlreichen Spitzengesprächen mit Vertretern der westdeutschen „Bruderpartei“ nachweisen:

1 Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR – Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden: SAPMO-BArch, ZPA), I IV 2/2A-2294.

2 Vgl. Manfred Wilke: Die Krise der Deutschen Kommunistischen Partei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–47/90, 9.11.1990, S. 36.

Treffen einer Delegation des Parteivorstandes der DKP unter Leitung des Parteivorsitzenden, Herbert Mies, mit Erich Honecker, Kurt Hager und Paul Verner (23.- 26.4.1982)

„Unser Verhältnis zur DKP ist von der Tatsache bestimmt, daß es jetzt zwar drei deutsche kommunistische Parteien gibt – die SED, die DKP und die SEW –, daß wir aber alle an einer Front kämpfen, wenn auch unter unterschiedlichen Bedingungen. Miteinander verbunden durch die Thälmannschen Traditionen gehören diese drei Parteien besonders eng zusammen, in gewissem Sinne sind sie eine Partei. Die SED hat die Macht, die beiden anderen Parteien müssen die Macht noch erkämpfen.“

...

„Die DDR hat eine historische Mission zu erfüllen ... Wir verstehen uns gemeinsam als deutsche Kommunisten – die DDR ist auch eure Republik!“³

Gedächtnisprotokoll über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei, Genossen Herbert Mies, sowie den Mitgliedern des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP am 24. April 1986 in Berlin

„SED und DKP seien auf das engste miteinander verbunden. Wir entstammten nicht nur einer Partei, gemeinsam seien die SED, die DKP und die SEW jene Kraft, die dereinst andere Aufgaben in Angriff nehmen könne. Auch wenn ein sozialistisches Deutschland heute nicht auf der Tagesordnung stehe, dürfe diese Perspektive nicht aus den Augen verloren werden.“

...

„Wir müssen auch weiterhin dafür sorgen, daß die Kommunisten der DDR, der BRD und Westberlins gemeinsam voranschreiten. Die DDR ist ein Kind von uns allen. Das heißt, Ihr könnt davon ausgehen, daß diese Republik auch Eure Republik ist. Solange wir hier auf Wacht stehen, ist das zugleich der beste Schutz für die Kommunisten in der BRD. Das Kräfteverhältnis ist ja heute anders als zu Zeiten des KPD-Verbots. Es ist völlig richtig, daß die Kommunisten der BRD jetzt für die nationalen Interessen der BRD eintreten und dabei die DKP stärken...“⁴

3 SAPMO-BArch, ZPA, I IV 2/2A-2473.

4 Ebenda, I IV 2/2A/2879.

Niederschrift der Aussprache des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit einer Delegation des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP unter Leitung des Parteivorsitzenden, Genossen Herbert Mies, am 21. Oktober 1988 in Berlin

„Wir als deutsche Kommunisten müßten uns offen die Meinung sagen, ohne uns in die Angelegenheiten unserer Parteien einzumischen. SED und DKP sind Kinder der KPD... Lange habe Genosse M. Reimann an der Arbeit des Politbüros des ZK der SED teilgenommen. Hier sei auch über die Gründung der DKP beraten worden. Wir haben uns immer als eins gefühlt, obwohl nach der Gründung der BRD und der DDR klar war, daß es sich um zwei souveräne Staaten handele und um zwei Parteien, die in ihren Entscheidungen selbständig sind.“⁵

Vermerk über ein Gespräch des Genossen Erich Honecker mit Genossen Herbert Mies am 6. Dezember 1988

„Stets erfüllen wir unsere Verantwortung gegenüber der KPD bzw. der DKP... Das war insbesondere auch so nach dem Verbot der KPD in der BRD . . . Was die DKP betrifft, so ist diese Einheit durch die geschichtliche Entwicklung gestern, heute und morgen gegeben; faktisch gehen wir von der Mission der Partei der deutschen Kommunisten aus.“⁶

Niederschrift des Gespräches des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit einer Delegation des Parteivorstandes der SEW unter Leitung ihres Parteivorsitzenden, Genossen Horst Schmitt, am 16.1.1989 in Berlin

„Auf dem Boden der DDR hätten die deutschen Kommunisten den Sozialismus zum Siege geführt. Alle deutschen Kommunisten könnten mit allem Grund stolz darauf sein, daß unter Führung der SED in der DDR die Ideen von Marx, Engels und Lenin verwirklicht werden. Letztlich bleibe es das Ziel aller drei deutschen kommunistischen Parteien, den Sozialismus insgesamt auf deutschem Boden zum Siege zu führen. Er, Erich Honecker, halte daran fest, daß der Sozialismus auch um die BRD und um Westberlin keinen Bogen machen werde.“⁷

2. „Friedenskampf“ aus marxistisch-leninistischer Sicht

Die Fixierung auf den Frieden ging (neben dem existentiellen Problem an sich) von der marxistisch-leninistischen These der Einheit und Wechselwirkung

5 Ebenda, I IV 2/2.035/76.

6 Ebenda.

7 Ebenda, I IV 2/2A/3189.

von Friedens- und Klassen-, sozialer und nationaler Frage aus. Der DKP-Vorsitzende Herbert Mies selbst verwies am 19.3.1980 gegenüber Honecker darauf: „Bisher sei es schwergefallen, die Politik der DKP als identisch mit den Interessen der Bundesrepublik zu zeigen. Jetzt, in der Auseinandersetzung mit der Politik des USA-Imperialismus und mit all denen, die dabei Hilfestellung leisten, gibt es die Möglichkeit, die nationale Position der DKP im Kampf um Frieden mit größerer Glaubwürdigkeit herauszuarbeiten.“ Damit verbunden war ein entsprechendes bündnispolitisches Konzept, die „Entfaltung einer breiten demokratischen Bündnispolitik, auch mit dem Blick auf künftige Wahlen“ insbesondere gegenüber der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften und auch neuen politischen Bewegungen wie den Grünen, dabei „mit größerer Energie gewisse Berührungsängste“ überwindend. Honecker forderte darüber hinaus, „ohne irgendwelche Illusionen über die Politik der BRD zugleich jede Möglichkeit der Differenzierung zu nutzen . . . Im Grunde sind Strauß, Genscher und Schmidt von einer Farbe. Dennoch muß man sich so verhalten, daß man gewisse Differenzen nutzt, und die BRD nicht völlig in die Arme von Carter treibt. Man darf der BRD nicht erlauben, um die DDR herum Politik zu machen.“⁸

3. *Der Westapparat der SED. Funktionelle Veränderungen in den achtziger Jahren*

Wenn schließlich davon ausgegangen wird, daß „die Kontinuität einer kommunistischen Partei . . . von ihrem hauptamtlichen Apparat gesichert (wird)“⁹, so ist die Frage nach Veränderung der Funktionalität der auf Einwirkung in die Bundesrepublik im allgemeinen und die ideologische und organisatorische Führung der DKP im besonderen gerichteten Westarbeit der SED sowie ihrer inhaltlichen Ausfüllung eine besonders relevante. Verantwortliches Leitungs- und Koordinierungsorgan mit gleichzeitiger analytischer Aufgabenstellung war die Westabteilung des ZK der SED, konspirativ „Abteilung 70“ genannt. Sie arbeitete nach den Vorgaben des Politbüros und Sekretariats des ZK und in unmittelbarer Verantwortung eines Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK (bis 1981 Paul Verner, danach Hermann Axen, von Mai 1984 bis November 1985 Herbert Häber, danach bis Ende 1989 wieder Hermann Axen). Leiter der Westabteilung des ZK der SED seit 1973 und am 9.6.1981 vom Politbüro erneut bestätigt war Herbert Häber, zugleich Mitglied des ZK der SED, stellvertretender Abteilungsleiter Karl Wildberger. Unübersehbar waren die Bemühungen um Effektivierung der Tätigkeit der Westabteilung Anfang

⁸ Ebenda, I IV 2/2A/2311.

⁹ Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik. Bibliothek Wissenschaft und Politik Band 45, Verlag Wissenschaft und Politik Berend von Nottbeck, Köln 1990, S. 9.

der achtziger Jahre. Nach einem am 23.6.1980 vom Sekretariat des ZK bestätigten Struktur- und Stellenplan, der an die Stelle eines entsprechenden Beschlusses vom 5.1.1972 trat, hatte die Westabteilung 20 sogenannte Politische und 5 Technische Mitarbeiter: Abteilungsleiter, stellv. Abteilungsleiter, je ein Politischer Mitarbeiter für die Gebiete Kader, Agitation, Presse/Archiv, Anleitung des Instituts für Int. Politik und Wirtschaft, 5 Politische Mitarbeiter in dem selbständigen Arbeitsbereich „Analyse, Information und Ausarbeitung“, 7 Politische Mitarbeiter in dem ebenfalls selbständigen Arbeitsbereich „Politisch-operative Arbeit und Koordinierung“.¹⁰ Sie hatte zuvor noch 38 Politische und 13 Technische Mitarbeiter gezählt. Am 28.10.1985, nach dem noch immer nicht völlig geklärten Ausscheiden Herbert Häbers aus seiner Funktion „aus gesundheitlichen Gründen“, wurde Gunter Rettner, bisher stellv. Abteilungsleiter, als Abteilungsleiter bestätigt. Inzwischen firmierte die Abteilung auch unter der absolut irreführenden Bezeichnung „Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft“; ihre Aufgabenstellung blieb die alte. Die gesamte personelle Zusammensetzung der Abteilung ist noch nicht nachweisbar, wohl aber die der leitenden Kader: Am 14.3.1983 bestätigte das Sekretariat des ZK den Einsatz von Harry Morgenstern als Sektorleiter der Westabteilung, mit Datum vom 12.6.1986 wurden Morgenstern sowie Hans-Georg Schuster, auch dieser bisher Sektorleiter, zu stellv. Abteilungsleitern berufen, am 23.6.1986 Dr. Siegfried Ransch als Sektorleiter in der Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft bestätigt.

Eine enge Arbeitsteilung bestand mit der sogenannten Abteilung Verkehr des ZK der SED, die für die Abwicklung technisch-organisatorischer Fragen der Führung der DKP (z. B. Reise- und Kurierdienst, Betreuungsaufgaben), darunter auch finanzieller, verantwortlich war und ebenfalls streng konspirativ arbeitete. Da sämtliches Schriftgut der Abteilung vernichtet ist, konnten personeller Umfang und Struktur der Abteilung noch nicht ermittelt werden; immerhin zählte sie als SED-Grundorganisation Ende 1988 5 sogenannte Abteilungsparteiorganisationen und 11 Parteigruppen, was auf eine beträchtliche Größenordnung schließen läßt. Abteilungsleiter war seit 1966 der Altkommunist Josef („Sepp“) Steidl, dem ab 1.10.1986 bis zum Ende des zentralen Parteiapparates der SED Dr. Julius Cebulla, zuvor stellv. Abteilungsleiter, folgte. Stellvertretender Abteilungsleiter war bis zum 12.1.1988 ebenfalls Wilhelm Knigge, abgelöst durch Jochen Bernhardt, bisher Politischer Mitarbeiter der Abteilung. Weitere leitende Kader waren bis zum 20.1.1986 Werner Lindemann als Sektorleiter, gefolgt von Willi Siewert (offensichtlich für den Bereich Finanzen verantwortlich). Ab 1.10.1986 war zudem Dr. Friedel Trappen, bisher stellv. Abteilungsleiter der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK, als stellv. Abteilungsleiter der Abteilung Verkehr tätig.

10 SAPMO-BArch, ZPA, I IV 2/3/A-3493.

Trappen wurde am 24.11.1989, eine der letzten Handlungen dieses Gremiums, vom Sekretariat des ZK von seiner Funktion „abberufen“ und schied „auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsprozeß aus.“¹¹

Von den 1981 existierenden 9 Kommissionen beim Politbüro hatten einige direkt oder indirekt mit Fragen der DKP bzw. der Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik zu tun, so die Agitations-, Frauen-, Jugend-, Kultur-, vor allem aber die Außenpolitische Kommission, unter deren 20 Mitgliedern auch Herbert Häber war. Immer wiederkehrende Schwerpunkte ihrer regelmäßig monatlich stattfindenden Sitzungen waren unter anderem Analysen der sozial-ökonomischen und politischen Entwicklung in der Bundesrepublik, darunter auch der Friedensbewegung, Einschätzungen von Bundestags- und Landtagswahlen und 1989 schließlich die Ergebnisse des 9. DKP-Parteitag. Der Arbeit der Kommission dürfte eine bestimmte strategiebildende Bedeutung auch in bezug auf westdeutsche Fragen zugekommen sein; sie war so in gewissem Sinne eine Fortsetzung der aufgelösten Kommission für Gesamtdeutsche bzw. Westarbeit.

Neben den grundsätzlichen Beschlüssen von Politbüro und Sekretariat bildeten die alljährlich beschlossenen detaillierten „Pläne der Zusammenarbeit zwischen der SED und der DKP/SEW“ die Grundlage der Anleitung und Kontrolle. Erarbeitet wurden die Pläne, die sich in Aufbau und Inhalt Jahr für Jahr stark ähnelten, von den ZK-Abteilungen Verkehr, West, Kultur, Finanzverwaltung und Parteibetriebe sowie dem Ministerium für Kultur, „abgestimmt“ mit weiteren betreffenden Abteilungen des ZK (darunter Parteiorgane, Agitation, Propaganda, Wissenschaften, Institut für Marxismus-Leninismus, Auslandsinformation, Verlag für Agitation und Anschauungsmittel, Jugend), den SED-Bezirksleitungen sowie „den im Plan genannten Organisationen und Institutionen“ (vor allem Zentralrat der FDJ, Bundesvorstand des FDGB, Nationalrat der Nationalen Front, Friedensrat). Geregelt wurden so der gegenseitige Delegationsaustausch zu inhaltlichen Schwerpunkten, „Konsultationen und Qualifizierungsmaßnahmen“ für führende DKP-Funktionäre, Lehrgänge an der Parteischule der SED „Franz Mehring“ in Berlin-Biesdorf (verantwortlich für die regelmäßige Schulung der DKP-Kader in unterschiedlichen Formen), Propaganda (einbezogen hier alle entsprechenden und theoretischen Institutionen von SED und DKP), Jugendarbeit (SDAJ und MSB „Spartakus“), Gewerkschafts- und Bündnispolitik, kulturpolitische Zusammenarbeit sowie „weitere Zusammenarbeit“ (Veteranendelegationen, Urlaubs- und Gesundheitsbetreuung führender DKP-Funktionäre).

Die Pläne geben – trotz ihres beträchtlichen Umfangs – nur ein unzureichendes Bild vom tatsächlichen Umfang und der Intensität der Führung von DKP und SEW durch die SED. Mit gewisser Regelmäßigkeit alle zwei Jahre

¹¹ Ebenda, I IV 2/3A/4899.

(19.3.1980, 23.-26.4.1982, 24.4.1986), nach Beginn der Krise in der DKP wesentlich häufiger (21.4.1987, 21.12.1987, 21.10.1988, 6.12.1988) fanden sogenannte „Treffen“ oder „Gespräche“ anlässlich von „Freundschaftsbesuchen“ von DKP-Delegationen mit Honecker statt. Viel häufiger gab es regelmäßige Aussprachen der zuständigen Politbüromitglieder Axen und Häber mit Mies oder anderen Führungskräften, ständige Einrichtung waren Gespräche oder „Studienreisen“ des Abteilungsleiters oder verantwortlicher Mitarbeiter der Westabteilung mit dem und zum DKP-Apparat. Während die Treffen mit Honecker in der Regel der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden (freilich mit nichtssagenden Presseverlautbarungen), verliefen die zahlreichen „Konsultationen“ von Mies oder anderen bei der West- bzw. Abteilung Verkehr absolut konspirativ in Objekten außerhalb Berlins.

Dennoch lassen die Pläne bestimmte inhaltliche Schwerpunktsetzungen erkennen: So wurde bereits in dem am 21.1.1980 vom Politbüro beschlossenen Plan für 1980 ein „Meinungs- und Erfahrungsaustausch“ unter anderem zu „Fragen des Kampfes für Frieden und Entspannung...“ vorgesehen sowie: „In Abstimmung mit dem Parteivorstand der DKP werden die Aktivitäten des Komitees für Frieden und Abrüstung in der BRD unterstützt...“. Delegationen „progressiver Persönlichkeiten der Friedensbewegung“, des Komitees für Frieden und Abrüstung und anderer „demokratischer Kräfte aus der BRD“ sollten in die DDR eingeladen, Gastreferenten aus der DDR in Veranstaltungen der Deutschen Friedensunion (DFU) und anderer „befreundeter Organisationen und Institutionen“ auftreten.¹²

4. 1981: Hoffen auf die Zukunft

Anfang Juli 1981 behandelte das Politbüro eine unter Leitung ihrer Mitglieder Paul Verner und Hermann Axen ausgearbeitete grundsätzliche Analyse „Zur Entwicklung der Friedensbewegung in der BRD“. Sie wurde – allerdings ohne die für das Politbüro bestimmten „Schlußfolgerungen“ – als „vertrauliche Information“ den 1. Sekretären der Bezirksleitungen sowie den Abteilungsleitern des ZK „zur Kenntnis gegeben.“ Mit offenkundiger Zufriedenheit wurde konstatiert, daß die Friedensbewegung inzwischen zu einem „spürbaren Faktor des politischen Lebens...“ geworden sei, wie es ihn in der Geschichte der Bundesrepublik bisher noch nicht gegeben habe. Von entscheidender Bedeutung sei dabei vor allem, daß „bei aller Unterschiedlichkeit . . . der politische Hauptstoß gegen den NATO-Raketenbeschluß, gegen die Rüstungs- und Konfrontationspolitik der USA und auch der Regierung der BRD gerichtet ist“. Unübersehbar zugleich die Hoffnung auf Zeitgewinn: Da sich die Entstehung und Verbreiterung der Friedensbewegung auf dem Hintergrund und in enger

¹² Ebenda, I IV 2/3A/3416.

Verbindung mit der Verschärfung der ökonomischen und sozialen Krise in der BRD vollziehe, und die Frage der Stationierung oder Nichtstationierung von neuen US-Nuklearraketen zunächst auf jeden Fall (!) bis 1983 akut bleibe, seien Voraussetzungen für das Anwachsen dieser Bewegung gegeben.

Hervorgehoben wurden die „große Vielfalt von Aktionen überregionaler, regionaler und lokaler Art sowie von neuen, öffentlichkeitswirksamen Aktionsformen“, schließlich ein „beachtliches Maß an Zielstrebigkeit und Planmäßigkeit.“ An alledem habe die DKP einen „großen Anteil“. Die „Hauptschwäche der Friedensbewegung“ bestehe derzeit darin, daß es der Führung des DGB sowie einer Reihe von Einzelgewerkschaften noch immer gelinge, die „umfassende Teilnahme der Gewerkschaften an der Bewegung gegen die NATO-Raketenpolitik zu verhindern.“ Reale Gefahren sah die SED-Führung freilich auch:

- daß die Bewegung „als von der DKP, SED bzw. Sowjetunion gelenkt und von der Propaganda der DDR und UdSSR manipuliert“ dargestellt werde.
- in „Versuchen der Umarmung der Friedensbewegung, um Einfluß zu erlangen, sie zu desorientieren und zu spalten“.
- in „Bemühungen, der Friedensbewegung oder Teilen von ihr eine Stoßrichtung gegen die Sowjetunion und die DDR zu geben.“¹³

Entsprechend massiv wurde von SED und DKP gegengesteuert: Alle Mittel von Agitation und Propaganda sowie insbesondere die gezielte Beeinflussung bestimmter Führungspersonen von Parteien, Organisationen und auch der Kirchen wurden eingesetzt, um diese Gefahren zu neutralisieren. Presse, Funk und Fernsehen der DDR sowie die „Medien der Auslandsinformation“ hatten „weiterhin ausführlich über Initiativen und Aktionen der Friedensbewegung der BRD sowie anderer kapitalistischer Länder (zu informieren), um dazu beizutragen, diesen Aktivitäten eine maximale internationale Wirkung zu verleihen.“¹⁴

Bereits am 22.3.1982, also nur Tage vor der für die Entwicklung der Friedensbewegung entscheidenden Aktionskonferenz in Bonn-Bad Godesberg, beschloß das SED-Politbüro wiederum „Maßnahmen zur weiteren Verstärkung der Friedensbewegung.“ Mies, Ende April 1982 von Honecker erneut zu einem ausführlichen Gespräch empfangen, erklärte, in den nächsten Wochen werde es darum gehen, „ob es gemeinsam mit anderen gutwilligen Kräften gelingt, die Friedensbewegung weiter in der Offensive zu halten mit der richtigen Stoßrichtung gegen den NATO-Beschluß oder ob es anderen Kräften gelingt, sie zu zersetzen oder zu zersplittern.“ Er versprach für die DKP, „uns taktisch sehr umsichtig zu verhalten.“ Honecker gab sich optimistisch: „Wenn

¹³ Ebenda, I IV 2/2A-2413.

¹⁴ Ebenda.

wir aufpassen, wird es nicht gelingen, die Friedensbewegung aufzuhalten“.¹⁵ Auf einem am 27.7.1982 in Berlin stattgefundenen „Arbeitstreffen“ von „9 befreundeten Bruderparteien“ zu „Fragen der Weiterführung der Friedensbewegung“ ließ die SED denn auch nichts unversucht, um auch diese auf ihren Kurs einzuschwören und der DKP allseitige Unterstützung zukommen zu lassen.

Im Ergebnis der Bundestagswahl vom 6.3.1983 spiegelte sich dies freilich nicht wider; wie schon 1980 entfielen nur enttäuschende 0,2 % auf die DKP. Und auch die Avancen Mies' vom Mai 1981 hinsichtlich Wahlbündnissen hatten sich noch nicht erfüllt. So lautete denn auch das Fazit der entsprechenden Politbüro-Information (versehen mit dem Hinweis: „Für Bezirks- und Kreissekretäre zur Auswertung in der massenpolitischen Arbeit, nicht zur Veröffentlichung bestimmt“): „Ein breites Wahlbündnis demokratischer und linker Kräfte auf der Grundlage der in der Friedensbewegung und anderen außerparlamentarischen Bewegungen hervorgetretenen Gemeinsamkeiten erwies sich gegenwärtig als noch nicht erreichbar.“¹⁶

5. *Nach der Raketenstationierung*

Es bedurfte noch eines Jahres, bis am 18.3.1984 mit der Gründung der „Friedensliste“ – als „Persönlichkeitsbündnis“ kaschiert – ein solches doch zustande kam. Schon der zwei Monate zuvor abgehaltene 7. DKP-Parteitag hatte von der beachtlichen Zufriedenheit in DKP (und SED) gezeugt, die politische Ghettoisierung zumindest teilweise durchbrochen zu haben, was vor allem hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Grünen sowie der als besonders hoffnungsvoll angesehenen „betrieblichen Friedenskomittes“ galt. Und noch gab es hier offensichtlich Übereinstimmung zwischen SED und KPdSU. Der sowjetische Delegationsleiter, Politbüro-Mitglied Grigori Romanow, teilte dem ebenfalls anwesenden SED-Abgesandten Egon Krenz mit, Generalsekretär Juri Andropow persönlich habe erklärt, „man müsse der DKP alle nur mögliche Unterstützung geben.“¹⁷ Nur wenig später, wohl vor allem unter dem Eindruck des andauernden sowjetischen Interregnums, verkehrte sich dieses Bild auf sonderbare Weise: In einem Gespräch, daß Mies am 27.7.1984 in Moskau mit Michail Gorbatschow, noch Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK, sowie Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Leiter der Internationalen Abteilung des ZK, führte, erwiesen sich DKP/SED als Vorreiter in der Friedensfrage, während sich nach Mies' eilends an Häber übermittelter Einschätzung seine sowjetischen Gesprächspartner „in

¹⁵ Ebenda, I IV 2/2A-2473.

¹⁶ Ebenda, I IV 2/2A-2549.

¹⁷ Ebenda, I IV 2/2A-2627.

einer defensiven Position befanden und bemüht waren, sich zu rechtfertigen“.¹⁸ Auch DKP-Präsidiumsmitglied Kurt Bachmann bestätigte den Eindruck am 10.9.1984, „daß der Prozeß der Meinungsbildung in der KPdSU nach der Raketenstationierung noch nicht abgeschlossen sei und offensichtlich noch keine verbindliche Konzeption für das weitere Vorgehen vorhanden“ sei.¹⁹

Wie sehr dennoch Argwohn und Skepsis in die tatsächlichen Fähigkeiten der DKP, die „Friedenskampagne“ wirkungsvoll voranzutreiben, in der SED-Führung vorhanden waren, zeigte sich – freilich für die westdeutschen Genossen nicht immer offen erkennbar, erstmals Ende 1984 und dann 1985. Unsicherheiten bestünden in der Frage, auf welches Ziel man die Aktionen der Friedensbewegung konzentrieren sollte, berichtete Häber am 9.10.1984 an Honecker aus der DKP. Dies würde immer mehr zu einem „Kernproblem für die Fortsetzung des Kampfes der Friedensbewegung“. Es gäbe schon die Tendenz, „nur noch die Gefahren und die rechte Reaktion zu sehen, die Tendenz der Depression und Resignation“. Wichtig sei hingegen, zugleich „Kraftbewußtsein und Zuversicht im Kampf um Frieden und um die Veränderung der Lage zu vermitteln“. Auch als sich mit der Gründung der „Düsseldorfer Debatte – Zeitschrift für Politik – Kunst – Wissenschaft“ im Spätsommer 1984 einige innerparteiliche Opponenten zu Wort meldeten, wurde in Ost-Berlin aufmerksam registriert, daß damit – neben der Haltung zum „realen Sozialismus“ – auch das „Engagement der Partei in der Friedensbewegung... angegriffen“ werde. Diese würde schlichtweg als „gescheitert“ bezeichnet, was die „Position der Partei im Friedenskampf in provokatorischer Weise in Verruf“ bringe.²⁰

Indessen war wohl selbst die DKP-Führung von solchen Zweifeln nicht frei. Im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Thesen zum 8. DKP-Parteitag habe es nach Einschätzung Herbert Häbers Überlegungen von seiten der Verfasser zu wichtigen Fragen gegeben, die nicht nur „unzureichend, sondern eigentlich indiskutabel waren“. So sei es notwendig gewesen, über „die vorrangige Behandlung des Kampfes um den Frieden als wichtigster aller Aufgaben zu diskutieren (!)“. Am 19.6.1985 konnte er Honecker berichten: „Entsprechend den von Dir gegebenen Hinweisen wurde ... die Notwendigkeit des Kampfes um den Frieden als wichtigste Aufgabe in den Vordergrund gerückt.“²¹

6. „Volle Konzentration auf die Friedensaktivitäten“?

Auch in der Folgezeit blieben politische Zweckbestimmung und innere Verfassung der DKP in ihrer Wechselwirkung im Blickfeld der SED-Spitze.

¹⁸ Ebenda, I IV 2/10.04/23.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda.

Mies informierte Honecker am 24.4.1986 darüber ausführlich. Dabei entspann sich der folgende Wortwechsel:

„Herbert Mies sagte:

...

Die Partei hat sich im Thälmann-Aufgebot weiter gestärkt. Insgesamt sind 11.000 neue Mitglieder aufgenommen worden. Effektiv bedeutet dies jedoch einen Zuwachs von 7.000 in den letzten zwei Jahren. 1.500 Genossen sind verstorben. Ein Teil hat dem Druck des Gegners nachgegeben und die Partei wieder verlassen. Etwa 70 Ausschlüsse mußten vorgenommen werden. Insgesamt hat es die Partei mit einer beträchtlichen Fluktuation zu tun, und es kann auf dem Parteitag verkündet werden, daß die DKP eine Stärke von 57.800 Mitgliedern hat.

Genosse Erich Honecker warf ein: Dann muß ich mich korrigieren, bisher war mir eine Zahl von 55.000 bekannt.

Genosse Mies sagte, auch weiterhin gibt es eine Diskrepanz zwischen der veröffentlichten Zahl und der Realität. Real vereinigt die Partei ca. 40.000 Genossen. Es kommt jedoch darauf an, die Schere zwischen den veröffentlichten Zahlen und der Realität immer kleiner zu machen.“²²

Dürfte diese Mitteilung auch mit Zwiespalt aufgenommen worden sein, die von Mies versprochene „volle Konzentration auf die Friedensaktivitäten, vor allem ein stärkeres Zusammenwirken der verschiedenen Abteilungen der Friedensbewegung“ sowie die Kandidatur innerhalb der „Friedensliste“ (nicht zuletzt nach dem hoffnungsvollen Abschneiden bei der Europawahl am 17.6.1984 mit 1,3% der Wählerstimmen) entsprachen insgesamt durchaus den Intentionen der SED. Und der 8. DKP-Parteitag vom 2. bis 4.5.1986 ging noch darüber hinaus. In einer internen Information an das Politbüro hieß es, „unter Berücksichtigung der sich abzeichnenden Veränderungen im Bewußtsein breiter Bevölkerungsteile der BRD in Fragen der Friedenssicherung sowie der gewachsenen Bereitschaft, für die Verteidigung politischer und sozialer Rechte einzutreten, (habe er) die Linie für die Herbeiführung einer politischen Wende in der BRD“ ausgearbeitet.²³ Besonders wichtig erscheint hierbei der Umstand, daß der Begriff der „politischen Wende“ erst nach entsprechenden „Hinweisen“ Honeckers Eingang in die Diktion und Programmatik des Parteitages gefunden hatte und zahlreiche friedensbewegte Genossen mit Nachdruck an ihren strategischen Auftrag erinnert haben dürfte. Er korrespondierte im übrigen mit einer Vorlage des IPW-Abteilungsleiters Rettner vom 9.9.1986 in der Außenpolitischen Kommission, in der dieser festgestellt hatte, daß in der Bundesrepublik objektiv zwei große politische Lager vorhanden seien, zwischen denen ein ungefähres Kräftegleichgewicht

²² Ebenda, I IV 2/2A/2879.

²³ Ebenda.

bestehe. Die grundsätzlichen Meinungsdivergenzen zwischen ihnen betrafen vor allem die Haltung zur Politik der USA und zur Friedens- und Entspannungspolitik... Diese Auseinandersetzungen ließen erwarten, daß sich der Prozeß der politischen Polarisierung in der nächsten Zeit vertiefe.²⁴

Es war in der Tat die Hoffnung auf diese politische Polarisierung, auf die sich die SED ganz offenkundig orientierte und in der sie den Platz der DKP sah. Dies und die Erzielung einer „politischen Wende“ überhaupt setzte freilich einen tatsächlichen Masseneinfluß voraus; mit der aktuellen Politik und ihrer inneren Verfassung waren er wohl kaum zu erreichen. Auch die beiden ZK-Emissäre Gunter Rettner und Hans-Georg Schuster, die sich mit einer Reise Mitte Oktober 1986 in sechs Parteibezirke einen „tiefen Einblick in den politischen und organisatorischen Zustand der DKP nach dem VIII. Parteitag“ verschafften, mußten dies erkennen. Kernfrage sei nunmehr, „daß die DKP offensichtlich bei ihrer richtigen Orientierung auf die Schwerpunkte des Kampfes für Frieden, Arbeit und Demokratie bei gewachsener Verankerung in den Betrieben, in den Gewerkschaften und in der Friedensbewegung zunehmend vor die Frage gestellt ist, wie ihr richtiger, auf marxistisch-leninistischer Grundlage beruhender Kurs zur Erhöhung eines tatsächlichen Masseneinflusses der Partei geführt wird.“ Ihre aktuelle Zustandsbeschreibung indessen war überwiegend negativ und mußte somit die Handlungsfähigkeit des Interventionsapparates insgesamt in Frage stellen: neben „deutlichen Führungsschwächen“ wurden „große Versäumnisse in der einheitlichen politischen Orientierung der Partei“ konstatiert, „Mängel in der Analyse der Entwicklung der Klassenkräfte“ und „Schwierigkeiten bei der Entwicklung der Aktionseinheit und Bündnispolitik“ ebenso ausgemacht wie „Probleme bei der Herausarbeitung der Eigenständigkeit und des Profils der Partei“. Herbert Mies, der nur beiläufig Erwähnung fand, erklärte hingegen, „daß seine Meinung bei den sowjetischen Genossen sehr gefragt sei, da die DKP eine der wenigen Parteien Westeuropas sei, die eine klare Linie habe.“²⁵

7. Die DKP zwischen Ost-Berlin und Moskau

Mies' Bemerkung könnte (neben ihrer offensichtlichen Schutzfunktion) in Zusammenhang stehen mit einem Vorgang vom September/Oktober 1986, der schlaglichtartig erste tiefgreifende Differenzen (freilich noch intern und „theoretischer Natur“) zwischen SED und KPdSU offenbarte – nicht zuletzt auch in bezug auf das Verhältnis SED-DKP-SEW. Im Vorfeld eines Treffens in Moskau mit Honecker, Mies und dem SEW-Vorsitzenden Schmitt hatte Gorbatschow letzterem einen umfangreichen Fragenkatalog zukommen lassen,

²⁴ Ebenda, I IV 2/2.115/27.

²⁵ Ebenda, I IV 2/10.04/24.

den dieser umgehend dem ZK der SED übergab und der neben globalen Problemen der kommunistischen Bewegung auch die „Perspektiven des Kampfes der kommunistischen Parteien in der ‘deutschen Region‘ unter den gegenwärtigen Bedingungen“ beinhaltete. Nach sowjetischer Vorstellung sollte „offen und freimütig darüber gesprochen werden, welche Unterstützung die KPdSU und die SED beiden Parteien geben könnten“. Am 29.9.1986 übergab Axen Honecker „einige erste Überlegungen zu den die Lage und Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung betreffenden Fragen“ und bat um „Prüfung“. Gorbatschows Fragen wurden insgesamt als „sehr abstrakt und auch nicht sehr systematisch“ bezeichnet. Einige gingen „von einer defensiven, nicht exakten Einschätzung der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung aus“. Kennzeichnend für das gesamte Papier sind vor allem drei Punkte:

1. Deutlich wird, daß die SED – anders als die sowjetische Seite – ihre Sicht der „Friedenssicherung“ als die „wichtigste“ bezeichnete, „noch ehe man (und darin bestand vor allem der Unterschied zur KPdSU-Position) über eine gültige, umfassende Analyse der Entwicklungsprobleme der kommunistischen Weltbewegung verfügt“. Nun war gar vom „Primat des Friedenskampfes“ die Rede, fortgesetzt in der Verbindung mit dem „nationalen und sozialen Befreiungskampf, dem Kampf um Demokratie und sozialen Fortschritt“. Dazu wurde von der SED sogar ein „allein der Sicherung des Friedens gewidmetes Welttreffen der kommunistischen und Arbeiterparteien“ angeregt.
2. Im Gegensatz zur KPdSU bezeichnete die SED die „Behauptung von einem allgemeinen Rückgang und der Stagnation der kommunistischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern“ als schlichtweg „falsch“. Außerdem gäbe es auch Ursachen, die nicht „primär bei den Bruderparteien der nichtsozialistischen Länder“ lägen. Dazu wörtlich: „Die vom XX. Parteitag der KPdSU beschlossene Korrektur und Überwindung von Fehlern und Entstellungen im Leben der sowjetischen Gesellschaft und in der KPdSU wurden in einer Art und Weise vollzogen, die sich äußerst negativ und schädlich für die gesamte internationale kommunistische Bewegung, insbesondere auch in den nichtsozialistischen Ländern, ausgewirkt hat. Das bewirkte eine Woge des Revisionismus, des Eurokommunismus, des Nationalismus in der kommunistischen Weltbewegung, die Schwächung, Spaltung und den Zerfall mehrerer Bruderparteien...“ Dies war der bis dato wohl schärfste Angriff auf Geist und Platz des XX. Parteitages, von einer extrem konservativen Sicht geprägt und zweifelsohne als ernste Warnung in Richtung sowjetischer Umgestaltungspolitik und der mit ihr eingeleiteten neuerlichen Entstalinisierungswelle gedacht.
3. Was die „Perspektiven des Kampfes der kommunistischen Parteien in der ‘deutschen Region‘“ angehe, so seien diese vom XI. Parteitag der SED und

den entsprechenden Parteitag der DKP und SEW begründet worden. Damit erübrigte sich denn auch eine Grundsatzdiskussion in Moskau. Alle drei Parteien seien „für die Gegenwart theoretisch und politisch gerüstet“. So waren Probleme in DKP und SEW eine innere Angelegenheit der SED, die offenbar Moskau nicht zu interessieren hatte (Gorbatschow hatte in seinem Arbeitspapier noch nach Einzelheiten der sozialen Zusammensetzung der DKP gefragt, eine in der Tat, wie auch Mies gegenüber Honecker deutlich gemacht hatte, schwierige Angelegenheit). Der „revolutionäre Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“ habe „in Gestalt der Entwicklung und des Erstarkens der DDR unwiderruflich auf deutschem Boden festen Fuß gefaßt“. Dieser revolutionäre Prozeß werde „auf deutschem Boden – historisch gesehen – mit dem Sieg des Sozialismus gekrönt“. Abhängig sei dies vor allem „a) von der Sicherung des Weltfriedens, b) von der weiteren Zunahme der Macht . . . der sozialistischen DDR, c) vom weiteren Erstarken und der Verstärkung des Masseneinflusses der Deutschen Kommunistischen Partei und der demokratischen, antiimperialistischen Kräfte ...“. Schließlich die mittelfristige strategische Konzeption: „Der Einfluß des Sozialismus, insbesondere der DDR, und der Kampf der an der Erhaltung des Friedens interessierten Kräfte in der Bundesrepublik stellen die Rolle der BRD als Hauptverbündeter der USA in Europa immer mehr infrage.“²⁶

8. *Der Ausbruch der Krise*

Die Bundestagswahl vom 25.1.1987 war ganz sicher kein Schritt voran auf diesem Weg; 0,5 % für die „Friedensliste“ stellten zwar einen leichten Zugewinn gegenüber dem DKP-Ergebnis von 1983 dar, entsprachen aber im übrigen in keiner Weise dem angestrebten Potential. SED und DKP scheinen dies befürchtet zu haben, denn schon vier Tage vor dem Wahltag hatte „auf Wunsch“ der DKP-Spitze eine „Vorverständigung über Schwerpunkte der politischen Linie der DKP nach der Bundestagswahl 1987“ mit Axen stattgefunden. Deutlich artikulierten sich Zweifel und Enttäuschung über die bisherige bündnispolitische Taktik. Aus seiner Sicht, so Mies, „hätte die DKP unter den gegenwärtigen Bedingungen keine andere Wahl gehabt, als es mit der Friedensliste zu versuchen.“ Allerdings sei dieses Bündnis in hohem Maße „ein Bündnis mit sich selbst...“ und, daß „die jetzige Wahllinie ein zweites Mal nicht ginge“. Wohl an die Adresse der SED gerichtet schließlich die Warnung, daß „ein zu vieles Herumexperimentieren die Partei kaputt machen würde“.²⁷

Diese hingegen verschärfte ihre interne Kritik an der DKP weiter. In einer 19seitigen Vorlage behandelte das Politbüro am 6.3.1987 eine „Analyse der

²⁶ Ebenda, I IV 2/2.035/117.

²⁷ Ebenda, I IV 2/10.04/24.

Wahlergebnisse der DKP zu Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen, insbesondere zur Bundestagswahl am 25.1.1987²⁸. Die Bilanz war durchweg negativ und ließ sukzessive erneut nach der Existenzberechtigung der Partei fragen. Seit Neukonstituierung der DKP 1968 sei es bisher „nur mit geringem Erfolg gelungen, ihre Politik . . . einem größeren Kreis von Wählern als parlamentarische Alternative zum etablierten Parteiensystem bewußt zu machen“. Die für sie seitdem abgegebenen Stimmen gingen „nicht wesentlich über ihre Mitgliederzahl und das enge Sympathiefeld der Partei hinaus“. Ausnahmen bildeten lediglich einige Erfolge bei Kommunalwahlen. Auch hier wird das bündnispolitische Dilemma offensichtlich: statt „kämpferischer Flexibilität und Kompromißbereitschaft“ würde „oft ängstliche Zurückhaltung“ geübt. Damit werde „faktisch der Weg versperrt, Bündnisse selbst voranzubringen und die Bündnisarbeit zur Stärkung der Partei zu nutzen“. Die strittige Frage, ob Eigenkandidatur oder Wahlbündnisse, müsse danach entschieden werden, „wie die Partei . . . am meisten gestärkt und gefestigt werden könne“. Die „Friedensliste“ sei „im eigentlichen Sinne kein Wahlbündnis für die DKP“ gewesen, vielmehr habe es Erscheinungen gegeben, daß sich „Kommunisten im Bündnis Friedensliste verschanzten und nicht als Repräsentanten der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei in der Öffentlichkeit auftraten“. Erneut wurde das Fehlen von „Führungskonzepten“ moniert, daß es in den Betrieben nur schleppend gelinge, die DKP „als Arbeiterpartei zu verankern“, daß es ihr vor allem darum gehen müsse, ein „klares kommunistisches Profil als Alternative zur Politik der SPD und der Grünen sichtbar zu machen“. Wie dies alles zu bewerkstelligen war angesichts des offenen Eingeständnisses, daß „gegenwärtig die Arbeit der Partei maßgeblich von einem Aktiv von rund 5 000 Kommunisten getragen wird“, blieb offen. Überhaupt zeugten die vom Politbüro beschlossenen „Schlußfolgerungen“ von einiger Hilflosigkeit angesichts dieser Situation. Dennoch verpflichtete die SED die „Bruderpartei“, als wäre dies nun neu, auf eine „zielgerichtete Massenarbeit“ und „deutlichere Hinwendung zu ihrer sozialen Basis“, inhaltlich wiederum und ungebrochen „auf die volle Unterstützung der Arbeit der Friedensbewegung...“ So sollte die gesamte Partei, wie es schließlich in der Vorlage hieß, auf die von der Führung beschlossene Linie „eingeschworen“ werden.²⁸

Dies freilich wurde immer schwieriger. Im Sommer 1987 kam es zum Ausbruch einer offenen Krise, die latent bis zum Ende der SED als stalinistischer Staatspartei der DDR und damit ihres Ablegers in der Bundesrepublik andauern sollte. Im August 1987 hatte das Hamburger Bezirkssekretariat der DKP in einem internen Rundschreiben, ausgelöst durch das Wahldebakel der „Friedensliste“, erstmals vom „krisenhaften Zustand“ der eigenen Partei gesprochen und deren Symptome (die der SED – wie gesehen – nur zu gut

28 Ebenda, I IV 2/2A/2991.

bekannt waren) aufgelistet. Das war die Voraussetzung für eine innerparteiliche Auseinandersetzung über die Frage, wie angesichts der sowjetischen Reformpolitik in der Bundesrepublik eine moderne kommunistische Partei aussehen und agieren müsse²⁹ und die im September 1988 in einer eigenen Plattform der Opposition gipfelte.

Nachdem das DKP-Präsidium erwartungsgemäß den Hamburger Vorstoß scharf zurückgewiesen hatte, trafen sich am 15.10.1987 die Politbüro-Mitglieder Axen, Dohlus, Hermann, Krenz, Schabowski, die ZK-Mitglieder Fritz Müller, Leiter der ZK-Abteilung für Kaderfragen, Ernst Timm, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, sowie Gunter Rettner und Hans-Georg Schuster von der IPW-Abteilung des ZK mit den Mitgliedern des DKP-Präsidiums. Bereits zehn Tage vorher hatte Honecker im Politbüro eine ausführliche Information zur Situation in der DKP gegeben und damit die politische Linie vorgegeben; gleichzeitig waren die westdeutschen Genossen nach Berlin beordert worden. Mies räumte nun ein, die Partei befinde sich „politisch und ideologisch in der bisher schwierigsten Situation mit tiefen Wirkungen“ und es gehe um ihre Existenz. Die SED-Vertreter äußerten „tiefe Besorgnis“ über die Lage in der DKP und verwiesen auf die „Notwendigkeit, zügig und konsequent nunmehr die innerparteiliche Auseinandersetzung zu Ende zu führen und die spalterischen, feindlichen Elemente aus der Partei zu entfernen“. Originalton Axen: „Jedoch dürfe man die Feinde nicht schonen und ihnen nicht länger gestatten, ihre parteifeindliche Wühlarbeit zu betreiben . . . In Hamburg müsse in den nächsten drei bis vier Wochen Ordnung geschaffen werden.“

Hier deuteten sich zwei Linien an, die schon bald prinzipielle Bedeutung in diesem Konflikt gewinnen sollten. Während es der offiziellen, der SED nach wie vor treu ergebenen DKP-Spitze um Schadensbegrenzung (ohne personelle Konsequenzen an den Anfang zu stellen), aber auch um Ursachenforschung und nicht zuletzt um den Erhalt der Partei ging, stand für die SED im Vordergrund, in jedem Falle die, wie es hieß, „Aktionskraft“ der DKP, also ihre politische und organisatorische Interventionsfähigkeit zu gewährleisten. Dabei erwies sich die Friedensproblematik als ein wichtiger Aspekt innerhalb der Krise der Partei schlechthin. Wiederum wurde beklagt, „daß wichtige politische Felder der DKP, wie zum Beispiel die Frage des Friedenskampfes, von anderen politischen Kräften, insbesondere durch die SPD, besetzt werden..., daß die DKP ein klares, mobilisierendes Konzept, wie weiter mit der Friedensbewegung“, brauche. Herbert Mies dazu: „Diese Faktoren plus die Führungslosigkeit der Partei, plus die ungenügende Motivation der Gliederungen ..., wären einige der wesentlichen Ursachen für die eingetretene Situation.“³⁰

29 Vgl. Manfred Wilke: Die Krise der Deutschen Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 28.

30 SAPMO-BArch, ZPA, I IV 2/2A/3067.

Nun verlegte sich der DKP-Vorsitzende aufs Taktieren. Er schlug ein gemeinsames Gespräch DKP-SED-KPdSU zur Erörterung der aufgetretenen Probleme vor und konnte dabei auch auf die Aussage von Anatoli Dobrynin verweisen, die KPdSU habe noch keine feste Meinung zu den gegenwärtigen Vorgängen in der DKP.³¹ An dem Gespräch mit Honecker sollten, so Mies, Wadim Sagladin und der zuständige Sektorenleiter im ZK der KPdSU, Rykin, teilnehmen. Das wurde von der SED-Spitze brüsk zurückgewiesen. Axen schrieb an Honecker am 13.11.1987: „Das geht überhaupt nicht, denn das liefe faktisch auf eine Bevormundung, eine Einmischung in die Beziehungen zwischen SED und DKP hinaus. Es ist unmöglich, daß Genosse Mies für ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED „Verteidiger“ benötigt.“³² Als Axen Mies diesen Standpunkt am 25.11.1987 bei einem Gespräch in Berlin verdeutlichte, stimmte dieser dem „Vorschlag mit großer Freude zu und betonte, für ihn habe ein Treffen mit Genossen Erich Honecker das Primat vor dem von ihm angestrebten Dreiergespräch KPdSU-SED-DKP“.³³ Das Gespräch mit Honecker kam dann schließlich am 21.12.1987 zustande. Dessen Kritik an den westdeutschen Genossen blieb diesmal auffallend zurückhaltend; ganz allgemein meinte er, die DKP müsse „von einer richtigen politischen Plattform konsequent um die Verstärkung ihres Einflusses auf die Prozesse in der BRD ringen...“. Was Herbert Mies nun erklärte, fand durchaus die Billigung der SED-Spitze: eine „Zeit der Permanenz von sozialen und Arbeiterkämpfen“ habe begonnen, nach wie vor habe die DKP eine „große Verantwortung, den weiteren Fortgang der Friedenskämpfe mitzubestimmen“, jetzt gehe es „um die Entwicklung der BRD“ insgesamt.³⁴ Doch schon Anfang Januar 1988 sah Axen wiederum Anlaß, beim Generalsekretär Klage zu führen. So sei festzustellen, „daß sich Genosse Herbert Mies in einigen Fragen nicht in Übereinstimmung mit dem befindet, was er am 21.12.1987 anläßlich des Zusammentreffens mit Genossen Erich Honecker in Berlin dargelegt hat. Genosse Herbert Mies wirft wiederum Fragen über das Profil der DKP auf und beklagt, daß ‘die DKP im Kampf um den Frieden eine Monopolstellung‘ verloren habe. Manche aktuelle Forderung von SPD und Grünen ähnele denen der DKP und auch das gemeinsame Papier von SED und SPD stelle manche Parteimitglieder vor die Frage, ob die DKP überflüssig werde.“³⁵

Doch dies war nicht die Linie der SED. Sie war weder an einer stillschweigenden Liquidierung ihres bundesrepublikanischen Instrumentariums noch an einer Neubestimmung ihrer langfristigen politischen Strategie interessiert. Ganz im Gegenteil, sie intensivierte mit Beharrungsvermögen ihre diesbezüglichen Anstrengungen. In einer Einschätzung für die Außenpolitische

31 Ebenda.

32 Ebenda, I IV 2/2.035/76.

33 Ebenda.

34 Ebenda, I IV 2/10.04/24.

35 Ebenda, I IV 2/2.035/76.

Kommission beim Politbüro vom 22.6.1987 wurde die Friedensbewegung in gewohnter Weise mit einer „wahrhaften Volksbewegung“ gleichgesetzt, „wesentlicher Bestandteil des innenpolitischen Lebens“ mit „spürbarem Einfluß auf die internationale Politik“. Hervorgehoben wurde vor allem der weit über die Mittelstreckenraketenproblematik hinausgewachsene Konsensus. Die „inhaltlichen Orientierungen und Losungen“ stimmten „weitgehend mit den Vorschlägen und Initiativen, die die UdSSR und ihre Verbündeten 1986/87 unterbreiteten, überein“. Anhaltend verbunden sei damit ein „weiterer bedeutsamer politisch-ideologischer Reifeprozess“.³⁶ Für 1988 wurde allerdings schon relativiert. Zwar zeige sich, wie die Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft des ZK am 5.9.1988 einschätzte, daß „der Einfluß der Arbeiterbewegung auf die übrige Friedensbewegung weiter gewachsen“ sei, zugleich werde aber deutlich, „daß es gegenwärtig nur unzureichend gelingt, große Massen für solche Aktionen zu gewinnen“. „Zur Zeit“ würden „die kleineren Formen“ überwiegen.³⁷ Entsprechend wurde mit dem Plan 1988 die „Zusammenarbeit der SED mit der DKP darauf gerichtet, der Bruderpartei zu helfen, ... ihre Rolle im Kampf für Frieden, Arbeit und Demokratie zu stärken und ihren Einfluß in der Arbeiterklasse und den Massenbewegungen, besonders der Friedensbewegung, weiter zu erhöhen“.³⁸ Es folgte eine Vielzahl „Politischer Konsultationen und Qualifizierungsmaßnahmen“ (unter anderem wurden Lehrrumfang und -inhalt der SED/DKP-Parteischule in Berlin-Biesdorf stark erweitert), der Delegationsbesuch seitens der DKP wurde ebenso forciert wie der Einsatz sogenannter „Gastreferenten“ der SED in DKP-Gliederungen. Hinzu kam der umfangreiche Austausch mit den „Partnerbezirken“. Praktischerhalber übernahm die SED nun – so im Plan festgeschrieben – die Ausarbeitung von Grundsatzmaterialien der DKP auch gleich selbst.

Am 23./24.3.1988 versprach der DKP-Vorsitzende gegenüber Hermann Axen, die Partei „wolle jetzt ihren Einfluß in der Friedensbewegung geltend machen, um den Druck von unten auf die BRD-Regierung zu erhöhen und die Friedensfrage noch enger mit der sozialen Frage zu verbinden“. Ganz im Sinne der SED erklärte er die Absicht, die Frage der atomwaffenfreien Zonen „stärker in die Diskussion zu bringen“ und die Krefelder Initiative zum „Koordinator dieser Bewegung zu entwickeln“. Damit hätte diese dann ein „konkretes Aufgabenfeld“.³⁹ Auch die nachfolgende Diskussion der 11. Tagung des DKP-Parteivorstandes am 9./10.4.1988, in deren Mittelpunkt das in Berlin (Ost) entstandene programmatische Dokument „BRD 2000“ stand, ordnete sich hier ein, zeugte jedoch – ein weiteres Mal – von der

36 Ebenda, I IV 2/2.115/28.

37 Ebenda, I IV 2/2.035/76.

38 Ebenda, I IV 2/3A/4648.

39 Ebenda, I IV 2/2.035/76.

andauernd tiefen Krise der Deutschen Kommunistischen Partei. „Die Auseinandersetzungen erwachsen vor allem aus unterschiedlichen Auffassungen über die zukünftige Entwicklung der BRD, über die Rolle und den Platz der DKP bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie auch aus einem gewissen Unverständnis über die Tiefe und die Dimension der vielfältigen Herausforderungen zur Bewältigung solch eines kommunistischen Reformprogramms“, urteilte Gunter Rettner.⁴⁰

Anfang September 1988, auf der 13. Tagung des Parteivorstandes, kam es schließlich zum offenen Eklat. Gegen den von der Mehrheit des Präsidiums und Parteivorstandes gebilligten Entschließungsentwurf „Zur Lage und krisenhaften Entwicklung der DKP“ legten die Anhänger der Opposition ein eigenes Papier vor. Die SED-Führung charakterisierte dieses umgehend – und entgegen dem deutlich artikulierten Willen von Mies und seiner Stellvertreterin Ellen Weber – als „organisierte, politische Plattform“, die „in ihrem Wesen revisionistisch“ sei. Axen forderte in gewohnter Manier ihre „politische und ideologische Zerschlagung“, polemisierte gegen den von der DKP verwendeten „abstrakten Begriff des Umbruchs“ und erhob im übrigen schwere Vorwürfe gegen die Parteiführung und deren Vorsitzenden persönlich. „Es schmerze uns nicht nur, den Fakt der kritischen Distanz zur DDR feststellen zu müssen, sondern die DKP schneide sich selbst den Ast ab, auf den sie sich stützen sollte“, meinte er warnend. In seinem Bericht an Honecker hob das SED-Politbüromitglied schließlich hervor, „Genosse H. Mies und Genossin E. Weber akzeptierten die Hinweise des Genossen Axen, daß die notwendige innerparteiliche Klärung keinesfalls die Aktionsfähigkeit und Initiative der DKP im Massenkampf um Frieden . . . beeinträchtigen dürfe“.⁴¹

Doch dazu war sie kaum noch imstande. Zerrissen durch innere Widersprüche und politisch weitestgehend gelähmt, gelangen nur noch mittels permanenter und ständig intensivierter Einflußnahme Ergebnisse im Sinne Ost-Berlins. So wurde die 14. Parteivorstandssitzung am 15./16.10.1988 zwar zu einem „Schritt in die richtige Richtung“⁴², doch blieb es bei der vom Hamburger Bezirksvorsitzenden Wolfgang Gehrcke geäußerten grundsätzlichen Kritik, die Partei habe „auf wichtigen Gebieten wie Friedensbewegung, Umweltpolitik, aber auch in den Gewerkschaften inhaltliche Positionen verspielt“. Sie sei zur Zeit, so Gehrcke weiter, „nicht in der Lage, ihre Positionen in die politischen Bewegungen hineinzubringen“.⁴³ Die parteiamtliche Konzentration auf eine „friedensorientierte und demokratische Reformpolitik“ (ein Terminus, der im übrigen von der SED-Spitze so nicht akzeptiert wurde) sollte nun die dringend notwendige Identitätsfindung der DKP sichern helfen. Doch

40 Ebenda.

41 Ebenda.

42 Ebenda.

43 Ebenda.

auch dies vermochte den wachsenden Mitgliederschwund nicht aufzuhalten; allein vom 8. Parteitag bis Oktober 1988 hatten rund 10 000 Genossen die Partei verlassen, wie intern mitgeteilt wurde. Am 21.10.1988 und dann noch einmal – zum endgültig letzten Mal – am 6.12.1988 traf man sich zum Spitzengespräch bei Honecker. Trotz der katastrophalen Zustandsbeschreibung durch beide Seiten forderte der SED-Generalsekretär, wohl wissend, keine andere Alternative zu haben, mit Nachdruck von der DKP eine „Politik, die auf die Umgestaltung der BRD“ zielt. Nach wie vor ungenügend sei die „konkrete Aktionsorientierung“ der Partei für den Frieden. Erneut beschwor er die DKP, sich endlich als „nationale Kraft der BRD“ darzustellen. Schizophren selbst für die anwesenden DKP-Kader dürfte seine Feststellung erschienen sein, ihre Partei sei eine „souveräne Partei und müsse sich ihre Fragen stellen“. Mies und andere zeigten wiederum ein beachtliches Maß an Selbstbewußtsein, als sie die sowjetische Politik ausdrücklich anders beurteilten als die SED – wohl ein deutliches Indiz für deren Selbsterhaltungswillen und, letzten Endes, eine zu Ende gehende Ära.⁴⁴ In dem darauffolgenden zweieinhalbstündigen Gespräch am 6.12.1988, von dem ein entlarvendes Wortprotokoll existiert, versuchte der SED-Chef ein letztes Mal, die DKP auf seine Linie festzulegen. Er konfrontierte den DKP-Vorsitzenden mit dem „Eindruck, daß sich die DKP von der SED entfernt“, verlangte, bestimmte sowjetische Veröffentlichungen durch die DKP-Medien nicht weiter zu tolerieren (Honecker wörtlich: „Werdet Ihr solche Schweinereien unterbinden?“) und stellte für diesen Fall in Aussicht, den Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag zu retten („Nun gut, über den Bankrott können wir noch sprechen.“)⁴⁵

Auch IPW-Abteilungsleiter Gunter Rettner, der sich vierzehn Tage später mit seinem sowjetischen Partner V. Rykin, Sektorenleiter in der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, traf, tat dies offiziell zum letzten Mal. Auch dieses Gespräch, in dem es um „Fragen der weiteren Unterstützung der DKP durch die KPdSU und die SED“ gehen sollte, konnte die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten nicht beseitigen, die inzwischen auch hinsichtlich der Zukunft der westdeutschen Kommunisten zwischen beiden Parteien existierten. Die Führung der KPdSU, die, so Rykin, „über die gegenwärtigen Entwicklungen und ihre Ursachen informiert und einige Schlußfolgerungen“ erarbeitet hatte, machte objektive wie subjektive Umstände gleichermaßen dafür verantwortlich. Zu den ersteren zählten die vor der ganzen kommunistischen Bewegung stehenden neuen Fragen, zu den letzteren vor allem, daß es der DKP-Führung schwer falle, sich auf die neuen Bedingungen und Anforderungen einzustellen. Als einen wesentlichen subjektiven Faktor stellte er zudem heraus, daß das „Parteileben der DKP von Illegalität geprägt sei“ und „in alten Bahnen administrativer Leitungsmethoden gefahren werde“,

44 Ebenda, I IV 2/2A/3166.

45 Ebenda, I IV 2/2.035/76.

eine deutliche Kritik auch an der hierarchisch geprägten, neostalinistischen Mutterpartei SED, worauf Rettner prompt „eine solche globale Einschätzung als unzutreffend und nicht haltbar zurück(wies)“. Rykin beharrte darauf, daß Perestroika und Schwäche der DKP keinen Zusammenhang böten; deren Probleme seien bereits viel früher zutage getreten. Interessant auch der Fakt, daß sich die KPdSU nachdrücklich hinter den vielgescholtenen Herbert Mies stellte und Gorbatschow an ihm festhielt. Die Probleme in der Partei, auch dies deutlich an die Ost-Berliner Adresse gerichtet, seien „nur in beharrlicher Arbeit, aber nicht durch Reglementierungen und Ausgrenzungen zu lösen.“ Schließlich sollten die Verbindungen DKP-KPdSU intensiviert werden, was die SED ebenfalls nicht unbedingt froh stimmen konnte.⁴⁶

Als Gorbatschow im Juni 1989 die Bundesrepublik besuchte und dabei auch mit Mies zusammentraf, war die Partei mehr denn je von der Lösung ihrer Probleme entfernt. Zwar hatte auf dem 9. Parteitag der DKP am 6.-8.1.1989 und am 18.2.1989 ein offenes Auseinanderbrechen vermieden werden können, verliefen Beschlußfassung und Wahl der leitenden Parteigremien trotz vielerlei Kritik insgesamt im Sinne der SED, so hatte doch die Parteiopposition in selbstbewußter Weise auf ihre inhaltlichen Vorstellungen und organisatorischen Alternativen aufmerksam gemacht. Auch der KPdSU-Delegationsleiter, Politbüromitglied Alexander Jakowlew, ließ dabei erkennen, wem die Sympathien seiner Partei gehörten. In einem Blitztelegramm an Honecker kablete Axen, neben Krenz ranghöchster SED-Vertreter auf dem Parteitag: „Aufgabe, die 9. Parteitag gestellt war, auf Grundlage Berichts Parteivorstands und Entschließung Partei zu Aktionen zusammenzuschließen und damit Prozeß politisch-ideologischer Einigung neue Impulse zu geben, nicht gelungen.“⁴⁷ Daran hatten auch die akribisch, in buchhalterischer Manier aufgelisteten Berichte („Genosse H. Axen führte von September bis Dezember 1988 14 individuelle prinzipielle Gespräche mit Mitgliedern des DKP-Präsidiums..., Genosse G. Rettner führte darüberhinaus in diesem Sinne 12 Gespräche mit 10 Mitgliedern des Präsidiums..., insgesamt 20 Aussprachen fanden zur Vorbereitung der 9. Bezirksdelegiertenkonferenzen mit allen 12 Bezirksvorsitzenden der DKP... statt“) nichts ändern können. Sie ähnelten im übrigen mehr hilflosem Aktionismus denn wirkungsvoller politischer Konfliktbewältigung und zeugten von der Unfähigkeit der SED-Führung, diese auf Dauer lösen zu können. Am 8.5.1989 schrieb Axen an Honecker, die „Lage in der DKP hinsichtlich ihrer Einheit und Geschlossenheit“ habe sich „erneut ernsthaft zugespitzt“. Die mit dem 9. Parteitag geschaffenen Möglichkeiten zur Festigung der Einheit der Partei und der Stärkung ihrer Kampfkraft würden kaum genutzt. Auch die „aktuellen Fragen des Kampfes um Frieden und

46 Ebenda.

47 Ebenda, I IV 2/2.035/77.

Abrüstung“ würden nicht offensiv genug vom Standpunkt der Parteiführung in der Öffentlichkeit beantwortet.⁴⁸

9. *Ein neues Vehikel?*

So blieb die Suche nach einem neuen, die Friedenskampagne nicht völlig ersetzenden, aber zumindest ergänzenden Aktionsfeld, das geeignet schien, DKP und SEW wieder auf den Weg in die politische Teilhabe zu bringen, eine weitere, auch perspektivische Möglichkeiten bietende Vehikelfunktion, die dem Selbstverständnis kommunistischer Parteien historisch-politisch und mental durchaus entgegenkam. Nichts lag also näher, als sich nun in national und international erfolgversprechender Weise dem Gespenst des Neonazismus und Rechtsextremismus zu widmen. Im Februar 1989 unterbreitete die Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft des ZK entsprechende Vorschläge „zur Entwicklung einer breiten Kampagne gegen Neonazismus in der BRD und in Westberlin, zur Stärkung antifaschistischer Bündnisse sowie zur Erhöhung des nationalen und internationalen Drucks auf die BRD-Regierung und den Westberliner Senat“. Dazu sollten propagandistische Aktivitäten verschiedenster Art durchgeführt, internationale Kampagnen organisiert sowie geeignete „Persönlichkeiten“ umworben werden. Die Klammerfunktion zur Friedensbewegung bestand darin, daß deren Aktionen „im Zusammenhang mit ihrer politischen Stoßrichtung Frieden, Arbeit und Demokratie“ zugleich gegen den Neonazismus gerichtet sein sollten. Entsprechend sollte auch die Krefelder Initiative instrumentalisiert werden. Die Aufgabe der DKP wurde darin gesehen, die Bildung einer bundesweiten „Bewegung gegen Neonazismus“ zu betreiben. Am 17./18.3.1989 machte sich die 3. Tagung des Parteivorstandes diesen inzwischen vom Sekretariat des ZK der SED am 2.3.1989 gefaßten Beschluß zu eigen; zuvor war er Ellen Weber „ausführlich erläutert worden“.⁴⁹ Am 4.5.1989 verabschiedete das SED-Politbüro schließlich den „Gemeinsamen Appell von SED, DKP und SEW gegen Neonazismus und Rechtsextremismus“.

10. *Der Interventionsapparat in Auflösung*

Trotz anwachsender innenpolitischer Probleme im Spätsommer 1989 befaßte sich das SED-Politbüro auch weiter regelmäßig mit Fragen der DKP. Am 30.8.1989 erstattete Günter Mittag anstelle des erkrankten Honecker eine entsprechende Information, zur folgenden Sitzung am 5.9.1989 wurde Axen beauftragt, eine weitere zur Situation in der DKP vorzulegen.⁵⁰ Auf einem

48 Ebenda.

49 Ebenda, I IV 2/2A/4796.

50 Ebenda, I IV 2/3A/4868.

am 29.9.1989 in Düsseldorf auf „Vorschlag der SED“ stattgefundenen „wissenschaftlichen Meinungs-austausch“ zwischen Gesellschaftswissenschaftlern der DDR und rund 60 Vertretern der DKP, darunter zahlreichen Anhängern der Parteiopposition, zu „Fragen der Entwicklung des Sozialismus“ sowie der „Rolle und dem Platz einer kommunistischen Partei in der BRD“ brachen alle internen Probleme und auch Widersprüche zwischen SED und DKP erneut auf. Herbert Mies machte den SED-Abgesandten deutlich, daß „ein Teil der Mitglieder und Funktionäre der DKP sich für die Durchführung von Reformen in der DDR ausspreche“. Der Stoß der Kritik richte sich auf die Führung der SED und würde sich in massiven Angriffen gegen das Präsidium der DKP „abladen“. Die Mitglieder des Präsidiums kämen so „mehr und mehr in eine Stellvertreterrolle für die Führung der SED“. Diese Position, so der offizielle Bericht, sei „seitens der Genossen der SED entschieden zurückgewiesen“ worden. Resignierend erklärte der DKP-Vorsitzende, daß mit der „Verfestigung von Strömungen de facto bereits eine Partei in der Partei“ existiere und alles auf eine Spaltung hintreibe.⁵¹ Der Interventionsapparat in Auflösung – zeitgleich mit dem unaufhaltsamen Niedergang der Mutterpartei.

Noch einmal trafen sich Hermann Axen und Ellen Weber am 26.10.1989 im Hause des ZK der SED, 8 Tage nach der Ablösung Honeckers und 14 Tage vor dem kollektiven Rücktritt des gesamten bisherigen Politbüros. Beide gaben sich nun als Reformers zu erkennen (Weber: „man habe sich diese Offenheit bereits zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht“; Axen: „es gehe um eine neue Qualität der Offenheit..., um mehr Sozialismus und Demokratie“) und versicherten sich gegenseitig der „engen Kampf-gemeinschaft“ ihrer Parteien. Darin eingeschlossen, so Axen, wären sowohl die „Festigung der solidarischen Verbundenheit als auch die Entwicklung noch größerer Selbständigkeit der DKP bei der Erfüllung ihrer historischen Aufgaben“.⁵²

Doch zu solcherart Übungen sollte es nicht mehr kommen. Mit ihrem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 mutierte die SED zur PDS, auf ihrem Parteitag im März 1990 grenzte sich die DKP bewußt von den SED-Erben ab.

II. *Bezirksanleitung und Bezirkspatenschaften*

Verbindungen ost- und westdeutscher Parteiverbände von KPD, DKP und SED hatten eine lange Geschichte; sie reicht zurück bis zum Wiederaufbau der KPD als zunächst gesamt-nationaler Organisation nach 1945. Am 14.2.1947, im Zusammenhang mit dem Beschluß der Zonenvorstände der KPD und des

51 Ebenda, I IV 2/2.035/117.

52 Ebenda.

Parteivorstandes der SED auf Bildung der „Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“, wurden zwischen Landesparteiorganisationen von SED und KPD sogenannte „Patenschaften“ geschaffen: Sachsen mit Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt mit Niedersachsen und Württemberg-Rheinpfalz, Thüringen mit Hessen und Württemberg-Hohenzollern, Mecklenburg mit Wasserkante und Bremen, Brandenburg mit Württemberg-Baden.⁵³ Ging es der SED damit noch darum, „eine der Voraussetzungen zu schaffen für die Bildung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland“⁵⁴, so wurden diese auch nach Bildung eines Parteivorstandes und eines formal existierenden Parteiverbandes im Ergebnis der Herner Konferenz der KPD vom 27.4.1948 sowie der Bestätigung der „Trennung des organisatorischen Verhältnisses zwischen SED und KPD“ durch die 1. Parteikonferenz der SED am 25.-28.1.1948⁵⁵ beibehalten. Sie wurden entsprechend den konkreten Bedingungen und des jeweiligen deutschlandpolitischen Kalküls verstärkt oder verringert, nach Gründung der beiden deutschen Staaten der Struktur der bundesdeutschen Länder und der DDR-Bezirke gemäß modifiziert, blieben auch maßgebend nach dem Verbot der KPD 1956, im übrigen vor allem danach auf den Bezugsbenen Gewerkschaften und SPD, aber stets mit der gleichen regionalen Ausrichtung. Die SED verfügte somit über ein in Jahrzehnten gewachsenes, mit hohem materiellen und personellen Aufwand betriebenes Netz systematischer Einflußmöglichkeiten, das sie zu keinem Zeitpunkt vernachlässigte und auf das sie jederzeit zurückgreifen konnte.⁵⁶

1. *Die Beziehungen von SED und DKP auf Bezirksebene*

Mit der Neukonstituierung der DKP 1968 wurden die Verbindungen wieder auf eine offizielle Grundlage gestellt, obwohl sie nach wie vor intern behandelt wurden. Seitdem und insbesondere nach der Statutenänderung durch den Hamburger Parteitag der DKP 1973, mit der die neben den Bezirksorganisationen noch bestehenden Landesorganisationen abgeschafft worden waren, existierten entsprechend den SED-Bezirksparteiorganisationen und den DKP-Bezirken diese Beziehungen: Rostock mit Hamburg, Neubrandenburg mit Schleswig-Holstein, Schwerin mit Bremen/Niedersachsen-Nordwest, Frankfurt/Oder und Erfurt mit Hessen, Potsdam mit Rheinland-Pfalz, Magdeburg mit Niedersachsen, Cottbus mit dem Saarland, Leipzig und Halle mit Ruhr-Westfalen,

53 Vgl. Dietrich Staritz: Die Kommunistische Partei Deutschlands. In: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Sonderausgabe Band 3: EAP bis KSP. Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1986, S. 1756.

54 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Band 1, Berlin 1948, S. 149.

55 Vgl. Protokoll der Ersten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 25.-28. Januar 1949 im Hause der Deutschen Wirtschaftscommission zu Berlin. Berlin 1949, S. 549.

56 Vgl. Jochen Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation. Akademie-Verlag Berlin 1993, S. 10, 34, 96 ff, 122 ff, 165 f, 213 ff, 222 ff, 246/247, 282 f.

Dresden mit Baden-Württemberg, Karl-Marx-Stadt mit Rheinland-Westfalen, Gera mit Südbayern, Suhl mit Nordbayern. Berlin(Ost) war verantwortlich für die SEW-Organisation in Berlin(West).

2. Die Leitungsebenen

Analog der Westkommission beim Politbüro sowie der Westabteilung des ZK existierten auf Bezirksebene Kommissionen für Westarbeit der Bezirksleitungen, denen als Mitglieder die jeweiligen Sekretäre für Agitation und Propaganda sowie für Kultur und Volksbildung der SED-Bezirksleitungen, der Leiter der Ideologischen Kommission der Bezirksleitung (soweit diese noch bestand), die Sekretäre des Bezirksausschusses der Nationalen Front und des Bezirksvorstandes des FDGB, der 2. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung sowie ein für Westarbeit verantwortlicher politischer Mitarbeiter der Bezirksleitung angehörten. Die Kommissionen tagten in der Regel quartalsweise und behandelten mehr oder weniger grundsätzliche Fragen; eine besondere Bedeutung erlangten sie allerdings nicht. Viel wichtiger waren da schon die dem Sekretär für Agitation und Propaganda unterstehenden und den Abteilungen für Agitation und Propaganda angeschlossenen Sektoren für Westarbeit (in der Struktur gleichbleibend mit einem Leiter und zwei politischen Mitarbeitern), ab 1984 unter der irreführenden Bezeichnung „Parteibeziehungen“. Sie waren in Abstimmung und nach Weisung der entsprechenden ZK-Abteilung für die Planung, Koordinierung und operative Leitung der gesamten Westarbeit des Bezirkes zuständig. Ihnen zugeordnet waren die sogenannte „Wissenschaftliche Arbeitsgruppe“, die mit der Erarbeitung analytischen Materials für den entsprechenden Partnerbezirk befaßt war, die Arbeitsgruppe „Koordinierung“, in der die Verantwortlichen für Westarbeit von FDGB, FDJ, Nationaler Front, VdgB und Konsumgenossenschaft vertreten waren und in der es um Anleitungs-, Kontroll- und Abstimmungsfragen ging, sowie schließlich eine Arbeitsgruppe, die die sehr umfangreiche und aufwendig betriebene Kinderferiengestaltung zu organisieren hatte. Auch auf Kreisebene existierten zunächst Kommissionen für Westarbeit, ab 1965 ehrenamtliche Arbeitsgruppen für Westarbeit, in den jeweiligen Abteilungen für Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitungen war ein politischer Mitarbeiter dafür zuständig.⁵⁷

Die aufgeschlüsselten Positionen der Finanzplanung der SED (in Tausend Mark) für die Jahre 1979,1980,1982 und 1983 (nur für diese waren sie

⁵⁷ Vorpommersches Landesarchiv Greifswald, Bezirksleitung der SED Rostock (im folgenden: VLarchG, BL SED Ro., IV/E/2.3/56 u. ff.); Vgl. auch Jochen Staadt, a.a.O., S. 142–144.

einzelnen ausgewiesen) machen den besonderen Stellenwert der Westarbeit auf Bezirksebene deutlich⁵⁸:

	1979		1980	
	ZK	BL	ZK	BL
Westarbeit	250.0	1.905.0	240.0	1.965.0
Verkehr I		8.524.0		7.000.0
Verkehr II		865.0		747.0
Verfügungs- fonds d. Abt.-Leiters		120.0		120.0
	1982		1983	
	ZK	BL	ZK	BL
Westarbeit	180.0	2.012.0	150.0	2.110.0
Verkehr I		9.550.0		11.150.0

Aus dem Finanzplan 1981 der Bezirksparteiorganisation Rostock der SED geht hervor, daß in diesem Jahr für die Position Westarbeit 200.000,- Mark vorgesehen wurden (zum Vergleich: die „Politischen Ausgaben“ der gesamten, immerhin ca. 116 000 Parteimitglieder zählenden Bezirksparteiorganisation beliefen sich insgesamt auf nur 3 Mill. Mark).⁵⁹

3. Inhalt und Formen bezirklicher Westarbeit

Grundsätzlich hatten sich die Beziehungen zwischen SED- und DKP-Bezirken in die alljährlich vom Sekretariat des ZK der SED beschlossenen „Pläne der Zusammenarbeit zwischen der SED und der DKP bzw. SEW“ einzuordnen.⁶⁰ Diese gaben allerdings lediglich vor, welche zentrale Studiendelegation mit welcher Thematik welchen DDR-Bezirk besuchen sollte, ansonsten hatten die Bezirksleitungen jeweils mit ihren Partnern den Austausch von Delegationen zu planen, wengleich mit konkreten Vorgaben, was Teilnehmerkreis und Inhalte betraf. Die Details beschlossen die Sekretariate der Bezirksleitungen ebenfalls alljährlich in speziellen „Arbeitsprogrammen für die Westarbeit“, die als ständige besondere Schwerpunkte die „allseitige Unterstützung“ der DKP, die Arbeit mit den Studiendelegationen (ca. 15–20 im Jahr waren „reine“ DKP-Gruppen aus Kreis-, Wohn- oder Betriebsgruppen, insgesamt wurden pro Bezirk ca. 50 im Jahr mit Hunderten von Teilnehmern „betreut“,

58 Zusammengestellt nach: Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR – Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden: SAPMO-BArch, ZPA), I IV 2/3A-3413; I IV 2/3A-3888; I IV 2/3A/4191; I IV 2/3A/4344; I IV 2/3A/4627; I IV 2/3A/4796; I IV 2/3A/4770. Errechnet nach den jeweiligen „Gesamtfinanzierungsplänen“ der SED. Die Besonderheiten der ausgewiesenen Positionen „Verkehr I“ und „Verkehr II“ waren noch nicht zu ermitteln. Alle Beträge dürften in Mark der DDR zu verstehen sein.

59 VLarchG, BL SED Ro., IV/E/2.3/53.

60 Vgl. auch Teil I. der Expertise.

darunter etwa zur Hälfte DKP-Mitglieder) und propagandistische Tätigkeit im „Einflußgebiet“ sowie schließlich die „hauptsächlich individuelle Arbeit“ mit sogenannten „progressiven Kräften“ auswies. Die DKP-Hilfe umfaßte darüber hinaus regelmäßige „Konsultationsgespräche der Beauftragten beider Sekretariate“, Erholungsaufenthalte und gesundheitliche Betreuung für leitende Funktionäre sowie „materielle Hilfe“, insbesondere in Form von Parteiliteratur (1975 im Bezirk Rostock im Wert von 8.000,- Mark). Doch der tatsächliche Umfang und die Intensität der „Partnerschaften“ ging weit über das in den Programmen oder Berichten Niedergelegte hinaus. „Der Hilfe und Unterstützung der DKP und der eng mit ihr verbundenen Organisationen gilt der Vorrang der gesamten Westarbeit unserer Partei und der Massenorganisationen“, hieß es im „Arbeitsprogramm“ der SED-Bezirksleitung Rostock für 1973.⁶¹ Am Beispiel der Verbindung Rostock mit Hamburg hat der Schriftsteller Peter Schütt, langjähriges Mitglied des DKP-Parteivorstandes, seine sehr negativen Erfahrungen mit Kadern der SED-Westarbeit, ihren fragwürdigen Praktiken und der massiven Indoktrination beschrieben. Deutlich wird auch die offensichtliche personelle und sachliche Verquickung mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR.⁶² Auch Herbert Mies gab nach Ende der SED-Herrschaft zu: „Daß es in einem engen und sehr helfenden Verhältnis, das von Hunderten DKP-Delegationen, Teilnehmerinnen und Teilnehmern an unseren Lehrgängen in Bildungseinrichtungen der SED, in den Partnerschaften von Bezirken und Kreisen der DKP mit Bezirken und Kreisen der SED mitvollzogen worden ist, auch Spannungen gab, haben wir und ich persönlich der Partei nie bekanntgemacht. Diese Spannungen ergaben sich nicht zuletzt aus . . . einer angemessenen Führungsrolle gegenüber der DKP.“⁶³

4. Die „operative Tätigkeit“

In den fünfziger und sechziger Jahren, unter halblegalen und illegalen Bedingungen, hatte die „operative Tätigkeit“ im „Wirkungsbereich“ oder „Einflußgebiet“, wie sie nebulös genannt wurde, naturgemäß einen hohen Stellenwert. Bestimmte Formen blieben auch noch in den frühen siebziger Jahren charakteristisch:

- die „hauptsächlich individuelle Arbeit“ mit Personen aus SPD- und Gewerkschaftskreisen, um so auf deren „Differenzierungsprozeß“ Einfluß zu nehmen
- die Organisierung sogenannter „marxistischer Zirkel“

61 VLarchG, BL SED Ro., IV/C/2.10/560.

62 Vgl. Peter Schütt: Nachruf auf den Genossen Schorsch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.1.1992. – Vgl. dazu auch die Replik von Dr. sc. Wolfgang Methling, Rostock: Genosse Schorsch war geschätzter Gesprächspartner. In: Ebenda, 6.2.1992.

63 „Unsere Zeit“, Eigenbeilage, 20.12.1989, S. 8.

- die Durchführung mehr oder weniger öffentlicher Veranstaltungen zum Zwecke der „Sozialismuspropaganda“

Während die ersten beiden jedoch nach und nach in den Hintergrund traten (1973 existierten im Großraum Hamburg noch 14 von der SED monatlich zumeist einmal veranstaltete „marxistische Zirkel“; an ihre Stelle trat dann die „Marxistische Arbeiterbildung“), rückte etwa ab Mitte der siebziger Jahre die sogenannte „offensive Sozialismuspropaganda“ zu unterschiedlichen Themenbereichen aus der „realsozialistischen“ DDR in den Mittelpunkt dieser Einflußtätigkeit. 1973 sollen dazu, so die offizielle Berichterstattung, durch sämtliche Bezirksparteiorganisationen der SED in der gesamten Bundesrepublik 758 Veranstaltungen mit 23.150 Teilnehmern durchgeführt worden sein (zum Vergleich: auf die Bezirksparteiorganisation Rostock entfielen im gleichen Jahr im Partnerbezirk Hamburg 73 Veranstaltungen mit 2.503 Zuhörern). Aber auch diese wurden immer weiter eingeschränkt: 1978 hatte sich die Zahl (wiederum auf die gesamte Bundesrepublik bezogen) auf 197 Veranstaltungen mit lediglich noch 6.570 Teilnehmern verringert; Rostock konnte gar keine mehr melden.⁶⁴ Anfang der achtziger Jahre wurde diese Aktivität dann völlig eingestellt. Offiziell begründet wurde dies mit der beträchtlichen Zunahme von Studiendelegationen in die DDR; vermutet werden kann gleichzeitig, daß es offenkundig immer schwieriger wurde, einen entsprechenden Zuhörerkeris – selbst unter ansonsten gutwilligen DKP-Genossen – für die meist vordergründig agitierenden SED-Propagandisten zu rekrutieren.

5. *Kader und Schulung*

Träger der „operativen Tätigkeit“ waren zunächst fast ausschließlich die sogenannten „Einsatzkader“. Dies war eine Kategorie sorgfältig ausgewählter, politisch verlässlicher und vom Ministerium für Staatssicherheit „bestätigter“, meist in mittleren Leitungsfunktionen (Schuldirektoren, Wissenschaftler von Akademieinstituten, Universitäten und Fachschulen, LPG-Vorsitzende, Redakteure von SED-Bezirkszeitungen usw.) befindlicher Nomenklaturkader, deren Zahl, bezogen auf die gesamte DDR, in den sechziger und siebziger Jahren in die Hunderte gegangen sein dürfte.⁶⁵ Sie hatten sowohl persönliche Verbindungsaufnahme und -pflege zu betreiben als auch – je nach Auftrag – an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen oder auf diesen aufzutreten. Stets wurden zwei Einsatzkader gemeinsam entsandt. Zumeist reisten sie mit einer Legende; ihre Herkunft und Aufgabenstellung dürfte den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik, wie die jährlich veröffentlichten Verfassungsschutzberichte ausweisen, zumeist bekannt gewesen sein. Nach der Rückkehr hatten

⁶⁴ SAPMO-BArch, ZPA, vorl. SED, 26714; VLarchG, BL SED Ro., IV/D/2.9/572.

⁶⁵ Vgl. dazu auch Jochen Staadt, a.a.O., S. 33. Staadt spricht für das Jahr von insgesamt „2.000 Reisekadern“ (S. 284). Diese Zahl wäre zu differenzieren.

sie in mehrfacher Ausführung detaillierte Berichte (mit den Schwerpunkten Diskussionen, Einschätzung der eigenen Vorbereitung und des Auftretens, Fragen der Sicherheit einschließlich einer gesonderten Anlage zum Kontrollverfahren an der Grenze) an das ZK und die Bezirksleitung einzureichen. Der Sektor Westarbeit der Bezirksleitung war verpflichtet, dazu eine den Betroffenen nicht bekanntzumachende Stellungnahme zu verfassen. Von einer wirksamen Gegenkontrolle der Einsatzkader auf unterschiedliche Weise kann zumeist ausgegangen werden. Ihre „Einsatzfähigkeit“ wurde beständig geprüft, regelmäßige mehrtägige Schulungen auf ZK- oder Bezirksebene dienten dazu, sie „exakt und individuell vorzubereiten“.⁶⁶ Bereits 1969 hatte die Westabteilung unter anderem ihre Aufnahme in die Kontrollnomenklatur der Sekretariate der SED-Bezirksleitungen veranlaßt.⁶⁷ Zugleich wurde es offensichtlich immer schwieriger, geeignete Kader zu finden. So wurden 1977 im Bezirk Rostock von 20 von der SED-Bezirksleitung vorgeschlagenen (!) lediglich 12 durch das Ministerium für Staatssicherheit „bestätigt“, wobei es dann auch blieb. 1979 wurden spezielle „Kriterien für Einsatzkader“ ausgearbeitet, die auf eine weitere Instrumentalisierung durch den Sicherheitsapparat schließen lassen. Dem entsprach im übrigen auch ein subtiles „System der materiellen Anerkennung.“⁶⁸ Den Kreis der „Westarbeiter“ komplettierten schließlich die „Gesprächspartner“ und „Betreuer“ westdeutscher Studiendelegationen und anderweitiger Besucher, basierend auf einem Beschluß des Sekretariats des ZK vom 5.7.1972 „Zur politischen Arbeit mit Besuchern aus der BRD und Westberlin“.⁶⁹ Am 10.2.1981 forderte der Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Rostock: „Noch überzeugender die Wahrheit über den realen Sozialismus zu verbreiten, offensiv unsere Politik im Interesse des Friedens und Humanismus zu erläutern, wirksam den Antikommunismus zu bekämpfen, das ist der Auftrag an unsere Gesprächspartner und Betreuer von Studiendelegationen aus der BRD.“⁷⁰ Deren Kreis war gerade Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre entschieden ausgeweitet worden, ein entsprechender Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung Rostock vom 20.6.1979 belegt dies. Danach war ein solcher „Kaderstamm“ „zielgerichtet“ auszuwählen und zu entwickeln, galt der Verbesserung der Qualität und Effektivität ihrer Schulung ganz besondere Aufmerksamkeit. Darüber hinaus – wohl, um stets vor peinlichen Überraschungen gefeit zu sein – mußten nun auch all jene Wohnbezirke, Hausgemeinschaften, Arbeiterfamilien (!) und Jugendklubs, in denen die „Vorzüge des Sozialismus“ „beweiskräftig“ demonstriert werden sollten, durch das Sekretariat der SED-Bezirksleitung bestätigt werden.⁷¹

66 Vgl. u. a. VLarchG, BL SED Ro., IV/D/2.9/572.

67 Vgl. Jochen Staadt, a.a.O., S. 284.

68 Vgl. ebenda; VLarchG, BL SED Ro., IV/D/2.3/121, IV/D/2.9/572.

69 Vgl. ebenda, IV/C/2.10/560.

70 Vgl. ebenda, IV/D/2.9/572.

71 Vgl. ebenda, IV/D/2.3/121.

Letztendlich verfügte die SED in den siebziger und achtziger Jahren über einen latent überwachten, beständig motivierten und planmäßig geschulten Funktionärskader der Westarbeit, der für die Perspektive, möglicherweise auch zur operativen Auffüllung des bundesrepublikanischen Interventionsapparates, jederzeit zur Verfügung stand.

6. *Bezirksbeziehungen nach 1987*

In einer Information der ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft über „Aussagen zur DKP, SEW und SED im ‘Verfassungsschutzbericht 84‘“ vom 23.5.1985 war unter anderem besonders vermerkt worden, hierin seien erstmals konkret die SED-Bezirksleitungen und die ihnen als „Patenbezirke zugewiesenen“ Bezirksparteiorganisationen der DKP aufgelistet worden. Auch sei die DKP „nicht mehr vordergründig als ‘Agentur‘ von KPdSU und SED“ bezeichnet worden.⁷²

1987, mit dem Ausbruch der offenen Krise der DKP, erhielten diese Feststellungen eine besondere Aktualität. Es ist ganz offensichtlich, daß die Rolle der Bezirksbeziehungen (natürlich auch aus Sicht der SED-Führung) in dem Maße stieg, wie die Probleme in den DKP-Bezirken zunahmen; die Parteiopposition konnte sich naturgemäß zuerst hier und nicht in dem von Ost-Berlin beherrschten Düsseldorfer Parteivorstand und dessen Apparat artikulieren und Kräfte sammeln. Die SED-Spitze reagierte auch hier rasch und in gewohnt massiver Weise. Im Dezember 1987 wurden alle Sekretariate der SED-Bezirksleitungen verpflichtet, mit den jeweiligen Partnersekretariaten der DKP „gründliche Beratungen zu aktuellen Fragen der Politik, insbesondere zu Fragen der Propagierung der Werte und Vorzüge des Sozialismus in der DDR“ durchzuführen. Allein bis Ende 1987 sollen sich ca. 4.000 Mitglieder von DKP-Bezirken in der DDR aufgehhalten haben.⁷³ Der „Plan der Zusammenarbeit...“ für 1988 verpflichtete die SED-Bezirksleitungen in neuer Ausführlichkeit dazu, den Fragen der „Führungs- und Leitungstätigkeit“, der „planmäßigen Kaderentwicklung“ sowie dem „Meinungs- und Erfahrungsaustausch“ besondere Aufmerksamkeit zu widmen.⁷⁴ Systematisch sollten so offensichtlich regionale DKP-Funktionäre beeinflußt und eine SED-gemäße Mehrheit in den Bezirken gesichert werden, zumal eine „starke Vernachlässigung der Führungsverantwortung des Präsidiums und Sekretariats gegenüber den Bezirks- und Kreisvorständen“ kritisiert wurde.⁷⁵ Das schloß freilich auch die Möglichkeit ein, jederzeit geeignete personelle Alternativen zur derzeitigen DKP-Führung zu präsentieren bzw. diese systematisch unter Druck zu setzen.

72 Vgl. SAPMO-BArch, ZPA, vorl. SED 37069.

73 Vgl. ebenda, IV 2/2.035/76.

74 Vgl. ebenda, IV 2/3A/4648.

75 Vgl. ebenda, IV 2/2.035/76.

DKP-Präsidiumsmitglied Heinz Stehr bekräftigte am 30.3.1989 gegenüber Hermann Axen die Tatsache, „viele werde in den Bezirken eigenständig entschieden“, und die zuständige ZK-Abteilung hob hervor, die zahlreichen Gespräche hätten des weiteren sichtbar werden lassen, daß eine Reihe von Bezirksorganisationen in ihren Beschlüssen bereits praktisch-politisch weiter sind als die Parteiführung“.⁷⁶ Diese Linie wurde auch während der Kampagne zu den Bezirksdelegiertenkonferenzen der DKP im Vorfeld des 9. Parteitages Ende 1988 beibehalten, gleichzeitig aber neue Formen der Anbindung praktiziert. Mit dem Bezirkssekretariat Hamburg, einer Hochburg der Parteioption, wurde ein „Gemeinsame Arbeitsgruppe“ mit ZK und SED-Bezirksleitung Rostock zum Thema: „Wissenschaftlich-technische Revolution – Persönlichkeit – Demokratie im Sozialismus“ gebildet, eine weitere mit Baden-Württemberg zum Schwerpunkt: „Kampf für Frieden – Abrüstung – Rüstungskonversion“.⁷⁷ Aber offensichtlich war dies noch nicht ausreichend. Am 8.5.1989 schrieb Axen an Honecker, noch stärker als bisher Einfluß auf eine Reihe Bezirkssekretariate zu nehmen, und erwähnte dabei wiederum insbesondere Hamburg.⁷⁸ Damit war gleichzeitig die Verantwortlichkeit der Rostocker Bezirksleitung angezeigt. Deren 1. Sekretär Ernst Timm hatte bereits am Spitzentreffen des Politbüros mit der DKP-Führung am 15.10.1987 teilgenommen.⁷⁹ Gemeinsam mit den Hamburgern versammelte man sich nun zur Sekretariatsberatung. Während Ernst Timm „den Grundsatz (bekräftigte), daß jedes Land und jede Partei den Weg eigenständig bestimmen“ müsse, zugleich aber hinzusetzte, „dennoch verbinden uns neben Traditionen aktuelle Herausforderungen und gemeinsame Verantwortung“, forderte der Hamburger Bezirksvorsitzende Wolfgang Gehrcke, „von der Oberfläche, der Erscheinung, zum Wesen des Meinungsstreites zu kommen“.⁸⁰ Es war das letzte Treffen dieser Art. Hier wie anderswo hatten sich auch in den Bezirksbeziehungen die Gemeinsamkeiten weitgehend erschöpft.

Literatur/Unveröffentlichte Quellen

Georg Fülberth: KPD und DKP 1945–1990, Heilbronn 1990.

Patrick Moreau: Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 46–47/90, 9.11.1990, S. 38–53.

Ders.: Der Westdeutsche Kommunismus in der Krise. Ideologische Auseinandersetzungen und Etappen des organisatorischen Verfalls. In: Jahrbuch Extremismus und Demokratie. September 1990.

76 Ebenda, IV 2/2.035/76 u. 77.

77 Vgl. ebenda, IV 2/2.035/77.

78 Ebenda.

79 Vgl. Teil I. der Expertise.

80 VLarchG, BL SED Ro., IV/E/2.3/275.

- Peter Schütt: Wes Geld ich nehm, des Lied ich sing. Wie die SED ihre Anhänger in der Bundesrepublik finanzierte und steuerte. In: Die Zeit, 8.6.1990.
- Ders.: Vom Hofdichter zur Wanderratte. Was die DKP unter Einheit verstand und wie sie Geschlossenheit durchsetzte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.7.1991.
- Ders.: Nachruf auf den Genossen Schorsch. In: Ebenda, 25.1.1992.
- Jochen Staudt: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation. Akademie-Verlag Berlin 1993.
- Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik. Bibliothek Wissenschaft und Politik Band 45, Verlag Wissenschaft und Politik Berend von Nottbeck Köln 1990, S. 9.
- Manfred Wilke: Die Krise der Deutschen Kommunistischen Partei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 46–47/90, 9.11.1990, S. 27–37.

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (Zentrales Parteiarchiv, Internes Parteiarchiv)

- Bestand Politbüro des ZK
- Bestand Sekretariat des ZK
- Bestand Büro Albert Norden
- Bestand Büro Hermann Axen
- Bestand Büro Erich Honecker
- Bestand Westabteilung/Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft
- Bestand Außenpolitische Kommission des Politbüros

Vorpommersches Landesarchiv Greifswald (Bezirksleitung Rostock der SED – Bezirksparteiarchiv)

- Bestand Sekretariat der Bezirksleitung
- Bestand Kader, Qualifizierung, Berufsausbildung
- Bestand Abteilung Agitation und Propaganda der Bezirksleitung
- Bestand Westarbeit
- Bestand Sektor Parteibeziehungen

Zusammenfassung

Auf der Suche nach politischer Teilhabe wurde die Friedensbewegung zur wichtigsten Aktivität bundesdeutscher Kommunisten in den achtziger Jahren, planmäßig gesteuert und systematisch instrumentalisiert durch die SED. Trotz Abgrenzungspolitik und Nationalstaatlichkeitsstrebens verstand sich diese als „eine von drei kommunistischen Parteien in Deutschland“ und die DDR als den „sozialistischen Kernstaat“. Entsprechende funktionale und inhaltliche Veränderungen erfuhr die auf Einwirkung in die Bundesrepublik im allgemeinen und die ideologische und praktisch-politische Führung der DKP im besonderen gerichtete Westarbeit der SED. Dabei bildeten die Beschlüsse von Politbüro und Sekretariat des ZK die Grundlage für den vermittels der DKP betriebenen organisatorischen Aufbau und die inhaltliche Ausrichtung

der westdeutschen Friedensbewegung. Deutlich formuliert wurde ihre auf Polarisierung und Erzielung einer „politischen Wende“ ausgerichteten Strategie. Gleichzeitig wuchsen ab 1984 in der SED-Führung die Zweifel an der tatsächlichen Fähigkeit der DKP, diese wirkungsvoll voranzutreiben. Mehr denn je bestimmten eine extrem neostalinistische Denkungsart und rabiate Umgangsnormen das Verhältnis zu der „Bruderpartei“. Auch 1986 offenbarte sie diese, als es diesbezüglich zu einem ersten tiefen Konflikt mit der KPdSU kam. Auf den Ausbruch der bis dahin schwersten Krise in der DKP, in der die Friedensproblematik einen wichtigen Aspekt bildete, reagierte die SED in massiver Weise. Sie zeigte sich weder zu einer Liquidierung ihres bundesrepublikanischen Instrumentariums noch einer Neubestimmung ihrer langfristigen Strategie bereit, vielmehr verstärkte sie weiter ihre Anstrengungen in bezug auf die Friedensbewegung und ihren Druck auf die DKP. Doch diese zeigte sich dazu kaum noch in der Lage. Zerrissen durch innere Widersprüche und politisch weitgehend gelähmt, gelangen nur noch mittels permanenter und ständig intensivierter Einflußnahme Ergebnisse im Sinne Ost-Berlins. Noch einmal schien ein neues Vehikel politischer Einflußnahme gefunden, als SED, DKP und SEW gemeinsam gegen „Neonazismus und Rechtsextremismus“ in der Bundesrepublik und Westberlin aufriefen. Wenig später befand sich der „Interventionsapparat der SED in der Bundesrepublik“ (Manfred Wilke) schon in Auflösung – zeitgleich mit dem unaufhaltsamen Niedergang der Mutterpartei.

Mit den Bezirksbeziehungen verfügte die SED über ein in Jahrzehnten gewachsenes, mit hohem materiellen und personellen Aufwand betriebenes Netz systematischer Einflußmöglichkeiten, das sie zu keinem Zeitpunkt vernachlässigte und auf das sie jederzeit zurückgreifen konnte. Mit der Neukonstituierung der DKP 1968 wurden die Verbindungen auf eine offizielle Grundlage gestellt; fortan waren alle Bezirksparteiorganisationen des SED mit entsprechenden Landes- bzw. Bezirksorganisationen der DKP verbunden. Analog der zentralen Ebene existierten in den Bezirken und Kreisen Kommissionen bzw. Arbeitsgruppen für Westarbeit, bei den Bezirksleitungen Sektoren für Westarbeit, ab 1984 Parteibeziehungen genannt. Sie waren in Abstimmung und nach Weisung der entsprechenden ZK-Abteilung für die Planung, Koordinierung und operative Leitung der gesamten Westarbeit des Bezirkes zuständig. Die Finanzpläne der SED machen den besonderen Stellenwert der Westarbeit auf Bezirksebene deutlich: immerhin standen dafür pro Jahr ca. 2 Millionen Mark der DDR zur Verfügung. Inhalt und Formen bezirklicher Westarbeit umfaßten die „allseitige Unterstützung der DKP-Partnerbezirke“, die Betreuung von „Studiendelegationen“ sowie die „operative Tätigkeit“, d.h. die sogenannte „offensive Sozialismuspropaganda“. Zeitzeugen berichten von den fragwürdigen Praktiken und der massiven Indoktrination durch die SED-Westarbeit. Deutlich wird auch die offensichtliche personelle und sachliche Verquickung

mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Die sogenannten „Einsatzkader“ bildeten eine Kategorie sorgfältig ausgewählter, politisch verlässlicher und vom MfS „bestätigter“ Nomenklaturkader, die einem komplexen System von Schulung und „materieller Anerkennung“ unterlagen. Eine Perspektive zur operativen Auffüllung des bundesrepublikanischen Interventionsapparates erscheint denkbar. Die Rolle der Verbindungen aus Sicht der SED-Führung stieg in dem Maße, wie die Probleme in den DKP-Bezirken nach 1987 zunahmen, da sich die Parteiopposition naturgemäß zuerst hier und nicht in dem von Ost-Berlin beherrschten DKP-Parteiapparat artikulieren und Kräfte sammeln konnte. Systematisch versuchte die SED, regionale DKP-Funktionäre zu beeinflussen und eine ihr gemäße Mehrheit in den Bezirken zu sichern. Das schloß auch die Möglichkeit ein, jederzeit geeignete personelle Alternativen zur bisherigen DKP-Führung zu präsentieren bzw. diese systematisch unter Druck zu setzen. Auch neue Formen der Anbindung konnten die zunehmenden Krisensymptome nicht eliminieren. Die Gemeinsamkeiten hatten sich weitgehend erschöpft.